

WIDER DIE WOHNUNGSNOT

**Sozialer Wohnungsbau der
Königlich Bayerischen Armee
1890–1914**

20. Juni bis 11. Juli 2023

**Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Schönfeldstraße 5, 80539 München**

Öffnungszeiten:

Mo – Do 8.30 – 18.00 Uhr

Fr 8.30 – 13.30 Uhr

Eintritt frei



**Eine kleine Aus-
stellung des
Fachbereichs
Archiv- und
Bibliotheks-
wesen der
Hochschule
für den öf-
fentlichen
Dienst in
Bayern
bearbeitet
von
Katharina
Hillenbrand**



www.gda.bayern.de

Impressum:

Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen

Vorbereitungsdienst 2021/2024 für den Einstieg in der 3. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn
Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen

Wider die Wohnungsnot. Sozialer Wohnungsbau der Königlich Bayerischen Armee 1890–1914.
Eine kleine Ausstellung des Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen der Hochschule für den
öffentlichen Dienst in Bayern, bearbeitet von Katharina Hillenbrand M.A.

München, 20. Juni – 11. Juli 2023

Titelbild: Kat.-Nr. 6a

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 2023

Literatur:

Peter Baier, Arbeiter in Ingolstadt während des Ersten Weltkrieges. Dargestellt am Beispiel der Königlich-Bayerischen Geschützgießerei und Geschossfabrik und des Königlich-Bayerischen Hauptlaboratoriums, München 1984.

Rainer Braun, Sozialer Wohnungsbau der Armee. In: Bayern und seine Armee. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs aus den Beständen des Kriegsarchivs (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, 21), München 1987, S. 139–148.

Heinrich Breger, Ein frühes Bekenntnis zum Schöner Wohnen. Renovierung der Barbarasiedlung mit „Lobender Erwähnung“ bedacht. In: Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 49, Nr. 193, 23. August 1993, S. 29.

Thomas Janssens, Die Geschichte der Königlich Bayerischen Gewehrfabrik in Amberg 1871–1918: Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns (Militärhistorische Untersuchungen 4), Frankfurt am Main u.a. 2009.

Volker Nichelmann, Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert (1800–1945). In: Amberg 1034–1984. Aus tausend Jahren Stadtgeschichte. Ausstellung des Stadtarchivs und der Stadt Amberg (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns, 18), Amberg 1984, S. 283–295.

Clemens Zimmermann, Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik. Die Reformbewegung in Deutschland 1845–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 90), Göttingen 1991.

Ämtliche Publikationen und sonstige gedruckte Quellen:

Bayerisches Kriegsministerium (Hrsg.), Statistische Nachweisungen über ausgeführte Militär-Neubauten 1900–1909, München 1909.

Bayerisches Kriegsministerium (Hrsg.), Statistische Nachweisungen über ausgeführte Militär-Neubauten 1908–1911, München 1911.

Hermann Schmidt, Die Kleinhäuseranlage für das Korps-Bekleidungsamt in München. In: Süddeutsche Bauhütte 33 (11. Jahrgang, 18. August 1910), S. 257–261.

Albrecht Sendtner, Gedenk-Schrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der Königlich Bayerischen Artilleriewerkstätten, München 1900.

Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. In: Dresdner Anzeiger, 181. Jahrgang, Nr. 125, 6. Mai 1911, S. 105.

Karl Singer, Grundriss für kleine Anwesen in geschlossener Reihe. In: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, II. Jahrgang, Nr. 11, München, März 1905, S. 105f.

Wohnungsbeschaffung durch Arbeitgeber in Bayern – Arbeiterwohnhäuser auf Oberwiesenfeld – Kgl. Geschützgießerei und Geschossfabrik Ingolstadt. In: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, VIII. Jahrgang, Nr. 8 und 9, München 1910/1911, S. 91ff.

Eugen Jaeger, Das Reichswohnungsgesetz ist tot. In: Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, XII. Jahrgang, 1914, S. 136–139.

Onlinepublikationen:

Fotografie Barbarasiedlung, Wiki Common, [https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Barbarasiedlung_M%C3%BCnchen#/media/File:Barbarasiedlung_\(M%C3%BCnchen\)_I_b.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Barbarasiedlung_M%C3%BCnchen#/media/File:Barbarasiedlung_(M%C3%BCnchen)_I_b.jpg) (aufgerufen am 31.10.2022).

Gesetz, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baus von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete vom 10.6.1914, Reichsgesetzblatt 1914, <http://www.rechtssetzung.de/N2140.html> (aufgerufen am 31.10.2022).

Fotonachweis:

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Burkhard Körner, Fotografie, farbig, Barbarastraße 27 in München, 2006.

Ungedruckte Quellen:

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV Kriegsarchiv

MKr 7283 Arbeiterwohnhäuser 1894–1899

MKr 7284 Arbeiterwohnhäuser 1900–1906

MKr 7285 Arbeiterwohnhäuser 1907–1913

MKr 8982 Gebäude etc. für das Corps-Bekleidungsamt 1. Armee-Corps, 1900–1915

MKr 288 Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911, 1909–1913.

MKr P I 12549 Porträtsammlung Hermann Graf Thürheim, 1889

FZM 5223 Jahresbericht der Geschützgießerei und Geschossfabrik, 1900/1901

FZM 5224 Jahresbericht der Geschützgießerei und Geschossfabrik, 1901/1902

FZM 5231 Jahresbericht der Geschützgießerei und Geschossfabrik, 1908/1909

FZM 5342 Jahresbericht der Gewehrfabrik, 1907

FZM 3469 Geheime Registratur I Chef, 1890

Stadtarchiv Amberg:

Zugang II, 1081, Gewehrfabrik. Bau von Arbeiterwohnungen, 1903–1908

Stadtarchiv Ingolstadt:

NL Rieter, Nr. 51 Arbeiterwohnhäuser Gesellenhaus, 1906

Stadtarchiv München:

DE-1992-FS-STB-1247 Wohnanlage an der Barbarastraße, 1910

Archiv des Deutschen Hygiene Museums:

Ausstellungsplan, Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. In: Dresdner Anzeiger, 6.5.1911, 181. Jahrgang, Nr. 125, S. 105

1. Einleitung

„Wohnungsfrage – Lebensfrage“? Wohnungsnot ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Die Sicherung von Nahrung, Kleidung und Wohnung stellen ureigene Probleme in der Geschichte der Menschheit dar. Beschäftigt man sich mit der Geschichte des Wohnens im 19. Jahrhundert, betrachtet man eine Epoche, in der sich ein gewaltiger Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft vollzog. Die Industrialisierung veränderte die Arbeits- und Lebenswelten der Menschen grundlegend: in ihrer Folge trennten sich Arbeits- und Wohnbereich. Maschinen, technische Neuerungen und rationalisierte Arbeitsabläufe erlaubten eine Produktivität, mit der die traditionelle Wirtschaft nicht mehr konkurrieren konnte. Die neuen Industriezentren benötigten immer mehr Arbeiter, zugleich wurden auf dem Land tausende Arbeitskräfte freigesetzt, die auf der Suche nach Beschäftigung in die Städte strömten. Parallel kam es zu einer enormen Bevölkerungszunahme. In den wenigen Jahrzehnten zwischen der Reichsgründung 1871 bis zum Jahr 1910 stieg die Bevölkerungszahl des Deutschen Kaiserreichs von rund 40 Millionen auf etwa 65 Millionen an. Der Wohnungsbau hielt in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit den rasch steigenden Einwohnerzahlen und dem Städtewachstum nicht mehr Schritt. Das starke Bevölkerungswachstum in den Städten und bei Industrieagglomerationen führte zu quantitativer und qualitativer Wohnungsnot. Die katastrophalen hygienischen Zustände, Überbelegung, „Schlafgängerwesen“¹, Untervermietung, dazu Kälte, Feuchtigkeit und Dunkelheit verursachten ein gesundheitsschädliches Wohnklima. Konnte der Arbeitgeber keine Wohnung stellen, wurde es vor allem für Arbeiter und Bezieher kleiner Einkommen immer schwieriger, am örtlichen Wohnungsmarkt eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Hierfür waren von Ort zu Ort unterschiedliche Umstände verantwortlich. Nicht nur in Großstädten, auch in Kleinstädten und Landgemeinden litten die Menschen unter Wohnungsmangel und explodierenden Mieten.

Private Arbeitgeber und nicht zuletzt der Staat als Dienstherr versuchten, durch Bereitstellung von Wohnraum die Not der „Minderbemittelten“ zu lindern. So auch das Königreich Bayern. Der Zeitraum zwischen 1890 und 1914 zeichnete sich zudem durch die Tatsache aus, dass die staatlichen Verwaltungen eine Art Pflicht darin sahen, ihre Bediensteten mit ausreichend großem und hygienisch einwandfreiem Wohnraum zu versorgen. Indirekt wurde die Wohnungsversorgung staatlich Bediensteter von den Februarerlassen Kaiser Wilhelms II. und der darin aufgenommenen Leitidee, die staatlichen Betriebe zu „Musteranstalten der Arbeiterfürsorge“ auszubauen, begünstigt. Veröffentlicht am 4. Februar 1890, kündigten sie einen Ausbau des Arbeiterschutzes an und galten als Ausgangspunkt eines „Neuen Kurses“, einer innenpolitischen Neuorientierung zur Sozialpolitik. Insbesondere der preußische Minister für Handel und Gewerbe und Sozialreformer Hans von Berlepsch fühlte sich dieser Leitidee verpflichtet. Er vertrat die Ansicht, dass zur Sicherung einer kontinuierlichen Beschäftigungspolitik an eine „Ansässigmachung aller ständigen, verheirateten Arbeiter in eigenen Häusern“ zu denken sei.² Von den öffentlichen Wohnungsbauten profitierte in Bayern neben dem Personal der Staatseisenbahnen die große staatliche Beschäftigtengruppe der Arbeiter der Militärverwaltung. Das Kriegsministerium setzte ab 1890 mit dem kontinuierlichen Bau eigener „Arbeiterwohnungsbauten“ in einem „Act der Arbeiterfürsorge“³ ein Zeichen gegen Wohnungsmangel, Mietwucher, katastrophale hygienische Zustände und Überbelegung, bis der Ausbruch des Ersten Weltkrieges diesem frühen Beispiel staatlicher Wohnungsfürsorge ein Ende bereitete. In den Genuss der Bauten kamen die Arbeiter der militäreigenen Rüstungsbetriebe und die Beschäftigten des Korps-Bekleidungsamtes in

¹ Vermietung eines Bettes an haushaltsfremde Personen zur Mitfinanzierung der Miete, während der reguläre Inhaber die Schlafstelle nicht benötigte. Schlafgänger trugen zur weiteren Verschlechterung der Wohn- und Lebenssituation bei, da sie eklatante hygienische Probleme hervorriefen, was die Verbreitung von Epidemien beförderte.

² Zimmermann, S. 191.

³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 132, 23.09.1905.

den Zentren der bayerischen Rüstungsindustrie Ingolstadt, München und Amberg. Die Ausstellung untersucht den sozialen Wohnungsbau der Königlich Bayerischen Armee in den Jahren 1890 bis 1914 und beschäftigt sich auf breiter Quellenbasis sowie anhand einschlägiger Dokumente mit der Wohnungsfürsorge durch die bayerische Armee.

2. Die Armee als Arbeitgeber und Einflussgröße am Wohnungsmarkt

Die militäreigenen Rüstungsbetriebe fielen in den Bereich der Technischen Institute und waren im Lauf des 19. Jahrhunderts entstanden oder zu industriellen Produktionsstätten ausgebaut worden. Sie dienten der Deckung des Armeebedarfs an Waffen, Munition und technischer Ausrüstung. Zu den Betrieben zählten die Gewehrfabrik in Amberg, die Geschützgießerei und Geschossfabrik sowie das Hauptlaboratorium in Ingolstadt, die Pulverfabrik in Ebenhausen bei Ingolstadt, die Artillerie-Werkstätten und das Korps-Bekleidungsamt in München sowie die im Ersten Weltkrieg errichtete Pulver- und Munitionsfabrik in Dachau.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Ingolstadts und der gesamten Region waren die Rüstungsbetriebe ein entscheidender Faktor, legten sie doch den Grundstein für die Industrialisierung der Stadt. Nach der Inbetriebnahme der Pulverfabrik 1865, der Verlegung des Hauptlaboratoriums im Jahr 1883 und dem Produktionsbeginn in der Geschützgießerei und Geschossfabrik 1885 befand sich der größte Teil der Waffenfertigung des Landes in der Donaustadt. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Ingolstadt nach der preußischen Waffenschmiede in Spandau das zweitwichtigste Rüstungszentrum im Deutschen Reich. Zudem hatte sich Ingolstadts Einwohnerzahl von der Reichsgründung bis Kriegsausbruch auf etwa 26.000 nahezu verdoppelt. Während in der Pulverfabrik bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges selten mehr als 350 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt waren – eine für den Armeebedarf vergleichsweise bescheidene Belegschaft – bot die Geschützgießerei und Geschossfabrik im Jahr 1912 zeitweise 800 Menschen Arbeit. Das Hauptlaboratorium, in dem Munition für Handfeuerwaffen und Geschützmunition hergestellt wurde, beschäftigte im selben Jahr nahezu 2000 Arbeiter. Auf Grund der Vielzahl der zugezogenen Rüstungsarbeiter innerhalb weniger Jahre gestaltete sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt seit der Ansiedlung dieser drei staatlichen Betriebe schlagartig als sehr schwierig.⁴

Auch in Amberg verschärfte die Königlich Bayerische Gewehrfabrik als Arbeitgeber die Lage auf dem Wohnungsmarkt stark: Die 1801 gegründete und seit 1878 in großzügigen Neubauten am Amberger Stadtrand untergebrachte Gewehrfabrik stellte bereits nach Aufnahme des Betriebes und bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die meisten Arbeitsplätze in der Stadt. Die Gewehrfabrik beschäftigte im Jahr 1891 bei einer Amberger Gesamtbevölkerung von etwa 18.000 Personen bereits 1.400 Arbeiter.⁵

Während die Lage auf den Wohnungsmärkten in Ingolstadt und Amberg maßgeblich durch die Präsenz der militärischen Betriebe geprägt war, gestaltete sie sich in der Haupt- und Residenzstadt München mit ihren vielfältigen sozioökonomischen Einflussfaktoren geradezu desolat. München hatte stark am wirtschaftlichen Aufschwung seit der Gründung des Kaiserreiches partizipiert; seine Einwohnerzahl war von 165.000 im Jahr der Reichsgründung auf etwa 600.000 zu Kriegsbeginn explodiert. Dazu trug auch die Vielzahl der Beschäftigten im Umfeld der Armee bei. Die 1800 gegründeten Artillerie-Werkstätten in München fertigten das gesamte Artilleriematerial sowie einen Großteil der persönlichen Ausrüstung wie Lafetten und Sonderfahrzeuge der Armee, Kartuschrahmen, Feldfla-

⁴ Baier, S. 9.

⁵ Nichelmann, S. 288.

schen, Tornister und Patronentaschen. Bis dahin über das ganze Stadtgebiet verteilt, bezogen sie 1866 an der Dachauer Straße einen Neubau im sogenannten Kasernenviertel in direkter Nachbarschaft zur Maximilian-II.-Kaserne, der größten Münchner Kaserne. Der Betrieb beschäftigte 1898 bereits 1.100 Personen.⁶

Die Industrialisierung veränderte nicht nur die Stadtbilder Münchens, Ambergs und Ingolstadts, sondern auch die Arbeits- und Lebenswelten der Menschen. Die katastrophalen Wohnverhältnisse in den Standorten der bayerischen Militärverwaltung auf Grund der industriellen Hochkonjunktur veranlasseten die Armee, für die Familien der zivilen Arbeitnehmer der militäreigenen Rüstungsbetriebe und die Beschäftigten des Korps-Bekleidungsamts Wohnungen zu errichten. Diese preisgünstigen, nach dem neuesten Stand der Technik erbauten Mietwohnungen sollten den für die Rüstungsbetriebe erforderlichen Zuzug weiterer Arbeitskräfte erleichtern und ihre Anbindung an den Arbeitsort ermöglichen.⁷

3. Ein „Act der Arbeiterfürsorge“ – zur Wohnungsfürsorge der Bayerischen Armee

Unmittelbarer Auslöser zum Beginn des sozialen Wohnungsbaus der bayerischen Armee war der Inspektionsbericht Generalmajor Hermann Graf von Thürheims vom 24. Oktober 1890. Thürheim, Sektions-Chef der bis 1900 den Rüstungsbetrieben übergeordneten Inspektion der Fußartillerie, reagierte auf die Klagen vor allem der Arbeiter des Hauptlaboratoriums in Ingolstadt über die weiten Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Er empfahl, für die Arbeiter dieser militäreigenen Rüstungsbetriebe eigene Arbeiterwohnhäuser zu errichten.⁸

Mit von Thürheims Siedlungsprogramm belebte die Militärverwaltung an sich eine Idee wieder, die 1875/76 zur Erbauung eines „Fabrikarbeitergebäudes“ bei der Pulverfabrik in Ebenhausen für 14 verheiratete und 12 ledige Arbeiter geführt hatte. Das 1890 angeregte Programm lässt sich jedoch nur teilweise mit dieser frühen Wohnungsbaumaßnahme vergleichen. Die neu eingestellten Arbeitskräfte in Ebenhausen wären ohne Wohnungsangebot nur schwer anzuwerben gewesen. Zusätzlich sollte ihre Anwesenheit bei Tag und Nacht auf dem abgelegenen Gelände die Fabrikanlagen schützen. Die Planungen des Bayerischen Kriegsministeriums bezüglich der Arbeiterwohnhäuser um die Jahrhundertwende dagegen sollten „reine Wohlfahrtseinrichtungen“, das heißt einen „Act der Arbeiterfürsorge“ für einen Teil der bereits vorhandenen Belegschaft darstellen.⁹

Baubeginn der ersten militärischen Arbeiterwohnhäuser, die in Ingolstadt für die Arbeiter des Hauptlaboratoriums und ihre Familien entstanden, war 1893. Bis zum Kriegsausbruch 1914 errichtete das Kriegsministerium an den Standorten Ingolstadt, Amberg und München insgesamt 254 Wohneinheiten¹⁰ größtenteils in Mehrfamilien- und Reihenhäusern, drei Wohnblocks für verheiratete sowie ein „Gesellenhaus“ für ledige Arbeiter. Die aus den Mitteln des Hauptmilitäretats finanzierten, preisgünstigen und modernen Mietwohnungen wurden in erster Linie für verheiratete, bewährte Stammarbeiter

⁶ Sendtner, S. 23.

⁷ Braun, S. 139.

⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr, Feldzeugmeisterei 3469 Ia Chef.

⁹ Braun, S. 140. Im Folgenden ebd.

¹⁰ Eigene Berechnung auf der Basis von Bayerisches Kriegsministerium (Hrsg.), Statistische Nachweisungen über ausgeführte Militär-Neubauten 1900–1909 und 1908–1911, München 1909 bzw. 1911.

errichtet, die auch bei drastischen Personaleinsparungen keine Entlassung zu befürchten hatten, wie das Kriegsministerium im September 1905 zuletzt betonte.

Bei der Zuteilung der Wohnungen achtete die Militärverwaltung besonders auf die „Würdigkeit und Tüchtigkeit“ der Arbeiter, erst dann fanden Kriterien wie „Dienstalter“ und „Reihenfolge der Vormerkung“ Anwendung. Die Reihenfolge der Kriterien wurde im Laufe der Zeit mehrmals geändert und von vorneherein nicht in die Mietbestimmungen aufgenommen. Später fand das Kriterium der „Berücksichtigung von Arbeitern mit kinderreichen Familien“ Eingang. Wiederholt betonte das Kriegsministerium, dass „möglichst nur gute Elemente“ in den Häusern untergebracht werden sollten. Als Hausmeister beauftragte man für alle Häuser einen „wohl geeigneten, dem Zivilstande Angehörigen“ des Instituts, dem neben seinem Verdienst „freie Wohnung“ gewährt wurde. Die Mieter begaben sich mit dem Bezug einer militäreigenen Wohnung in doppelte Abhängigkeit: Das Miet- war an das Arbeitsverhältnis gekoppelt. Schied ein Mieter auf eigenem Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis aus oder wurde entlassen, hatte er die Wohnung innerhalb acht Tagen bzw. sofort zu räumen. Der Tod des Arbeitnehmers hatte die Kündigung der hinterbliebenen Familie zur Folge.¹¹

4. „Von Licht und Luft umspült“ – Bautypen, Lage und Größe der Wohnungen

Zwischen 1893 und 1896 errichtete das Kriegsministerium in Ingolstadt im Straßenwinkel zwischen der Ziegelei- und der Römerstraße¹² für die Beschäftigten des Hauptlaboratoriums eine erste Arbeiterkolonie, deren erste vier Häuser am 1. August 1894 bezugsfertig waren. Auf Grund der „guten Erfahrungen“ konnten weitere acht Mehrfamilienhäuser errichtet und bereits 1896 bezogen werden. Zur Jahrhundertwende standen den Beschäftigten des Hauptlaboratoriums zwölf Häuser mit insgesamt 50 Wohnungen zur Verfügung, die in je eine Stube zu 23 m², eine Kammer zu 14 m² und eine 9 m² große Küche eingeteilt waren sowie einen Keller- und Dachbodenanteil besaßen. Zudem waren bereits knapp drei Tagwerk angrenzenden Baulandes zur Erbauung zusätzlicher Arbeiterwohnhäuser angekauft worden.¹³

Aufgrund der „ländlicheren Kreisen“ entstammenden Arbeiterbevölkerung des Hauptlaboratoriums und der Pulverfabrik wurden dort „den Bedürfnissen entsprechend“ kleinere Wohnungen erstellt als in der Geschützgießerei und Geschossfabrik, wo die Beschäftigten, wie die Direktion feststellte, „städtische Ansprüche“ an ihre Wohnungen stellten.¹⁴ Auch hoffte man, den „Mangel an Professionisten“ durch Bereitstellung von „Ledigen-Wohnungen vielleicht leichter decken zu können“. So regte die Militärverwaltung an, ein Gesellenhaus „für Unverheiratete zu projektieren“.¹⁵ Zur Jahrhundertwende befanden sich für die Beschäftigten der Geschützgießerei und Geschossfabrik zwei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 14 Wohneinheiten, ein „Gesellenhaus“ sowie ein Reihenhaus an der Hanstraße¹⁶ im Bau. Die Armee griff den neuartigen Bautyp des Reihenhauses auf und verband individuelles Wohnen mit rationeller Bauweise und optimaler Ausnutzung des Grundstückes. Die Intendantur der technischen Institute befürwortete im Jahr 1906 ausdrücklich die weitere Erbauung von Arbeiterwohnungen. Die „misslichen Wohnungsverhältnisse“ in Ingolstadt seien der Grund, warum neu einge-

¹¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, ad. Prod. 93, 20.10.1903 sowie MKr 7285, Prod. 131, 18.12.1913.

¹² Damals Feldkirchner Weg.

¹³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 2, 26.12.1893; Prod. 8, 27.6.1894; Prod. 19, 14.12.1894 und Prod. 43, 30.7.1895.

¹⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 82, 30.8.1897.

¹⁵ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 84, 3.2.1898.

¹⁶ Damals Glacisstraße.

stellte, aus anderen bayerischen Städten zugewanderte Arbeiter ihre Stellung bald wieder aufgaben. Auch sei eine „früher den Arzt fortgesetzt benötigende Arbeiterfamilie“ seit ihrem Umzug in eine Wohnung in der Kolonie jetzt „wesentlich gesünder“.¹⁷ In den Jahren von 1907 bis 1909 entstanden schließlich, wie im Jahresbericht 1908 betont, „zur Lösung der Arbeiterwohnungsfrage“ zwei weitere Reihenhäuser und ein Vier-Parteienhaus mit insgesamt 16 Wohnungen. Die Wohnungen verfügten über ein 16 m² großes Wohnzimmer und je zwei 23 m² große Schlafzimmer sowie eine Küche; die Zimmer im Gesellenwohnhaus maßen gut 9 m².¹⁸

Für die Arbeiter der Pulverfabrik in Ebenhausen wurden ab 1896 zwei Vierfamilienhäuser mit Wohnungen zu je zwei Zimmern und einer Küche sowie 1909/1910 zwei weitere Vierfamilienhäuser errichtet. Damit standen mit jenem 1876 fertig gestellten Arbeiterwohnhaus, das 1911 in drei Zwei-Zimmer- und 14 Ein-Zimmer-Wohnungen aufgeteilt worden war, insgesamt 33 kleinere und mittlere Wohneinheiten zur Verfügung.

Bis zur Jahrhundertwende waren die Arbeiter der Artillerie-Werkstätten in München „mangels verfügbarer Mittel“ noch nicht in den Genuss von militäreigenen Wohnhäusern gekommen. In den Jahren 1902/03, 1904/05 und 1910/11 errichtete das Kriegsministerium auf dem Oberwiesenfeld an der Dachauer Straße 102, 106, 108 drei große Wohnblocks mit je 33 bzw. 35 Wohnungen zu je zwei bis vier Zimmern und Küche mit etwa 50 bis 70 m² Wohnfläche: die ersten militärischen Arbeiterwohnhäuser Münchens. Da die beiden ersten Wohnblocks zusammen weniger als 30 % der bewährten, verheirateten Münchner Stammarbeiter versorgten, entschloss man sich zu einem dritten Gebäude, einem bei gleicher Grundrissaufteilung in der äußeren Gestaltung etwas vereinfachten Bau auf dem Grundstück mit der Hausnummer 102. Dieser letzte der drei Wohnblocks an der Dachauer Straße war im November 1911 bezugsfertig und bot weiteren 33 Familien eine Wohnstätte. In der Lücke, Hausnummer 104, befand sich bis zum Ersten Weltkrieg ein „Erholungs- und Kinderspielplatz“. Die Erhaltung dieser „besonderen Wohlthat“ erachtete die Feldzeugmeisterei für wichtig, da durch den „Straßenbahn- und Automobilverkehr“ an der Dachauer Straße eine „besondere Gefahr“ für die Kinder der Bewohner gegeben sei.¹⁹

Neben den Bauten an der Dachauer Straße erbaute die Heeresverwaltung in München von 1909/1910 an zwischen der heutigen Barbara-, Schwere-Reiter- und Infanteriestraße eine Kleinwohnungsanlage mit zwölf freistehenden, von Grünflächen und Gärten umgebene Mehrfamilienhäusern, die insgesamt 36 Familien Heimat boten. Die Wohnungen wurden verheirateten Unteroffizieren und Unterbeamten des Korps-Bekleidungsamtes zur Verfügung gestellt. Im Erdgeschoss der Wohnungen befand sich ein 21 m² großes Wohnzimmer, eine 10 m² große Küche sowie eine eigene Toilette. Das Dachgeschoss beherbergte ein oder zwei Schlafstuben zu je 13 m². Zu jeder einzelnen Wohnung gehörte neben einem Speicher- und Kellerabteil mit Vorratsraum eine Waschküche mit eigener Badeeinrichtung – ein für die damalige Zeit nicht gekannter Luxus. Jedes Haus verfügte zudem über einen 90 bis 140 m² großen eigenen Garten. Ein gemeinschaftlicher Spiel- und Turnplatz in der Mitte rundete die Kolonie ab.²⁰

Wie bei den Artillerie-Werkstätten in München standen für die Arbeiter der Gewehrfabrik in Amberg zur Jahrhundertwende ebenfalls noch keine militäreigenen Wohnungen zur Verfügung. Hier sei bis dahin „ein Bedürfnis (...) noch nicht hervorgetreten“ wie das Kriegsministerium noch 1899 betonte. Nachdem jedoch die Klagen der Gewehrfabrikarbeiter über die Wohnungsnot in Amberg im März 1903 zu einer Anfrage im Bayerischen Landtag geführt hatten, entschloss sich die Militärverwal-

¹⁷ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr, Feldzeugmeisterei 5224, S. 11.

¹⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 70, 4.11.1899; Prod. 82, 30.08.1897; Prod. 84, 3.2.1898; Prod. 87, 28.12.1897.

¹⁹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 112, 22.10.1899 sowie MKr 7284, Prod. 98, 30.11.1903.

²⁰ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 8982; Prod. 107, 12.5.1910 sowie Schmidt, S. 257ff.

tung, als „reine Wohlfahrtseinrichtung“ auch in Amberg Arbeiterwohnhäuser zu errichten.²¹ 1906/07 entstanden an der Drahthammer- bzw. Merzstraße eine Wohnsiedlung aus fünf Häusern mit jeweils vier Wohneinheiten. Die Drei-Zimmer-Wohnungen waren etwa 70 m², die Zwei-Zimmer-Wohnungen etwa 60 m² groß. Die geplante Erbauung von drei weiteren Häusern verhinderten der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die darauffolgende Auflösung der Bayerischen Armee.

5. „Wo die Sonne nicht hinkommt, kommt der Arzt hin“ – Wohnungsausstattung

Alle Arbeiterwohnungsbauten waren an die Wasserleitung angeschlossen und besaßen eigene Küchen, Toiletten, Keller- und bzw. oder Speicherräume. Mit Ausnahme der Häuser des Hauptlaboratoriums in Ingolstadt und der bei der Pulverfabrik verfügten sie sogar über einen Gasanschluss. Ein Anschluss an die Kanalisation bestand nicht überall, war jedoch angestrebt. So wurden die um die Jahrhundertwende erbauten Arbeiterwohnhäuser bei der Geschützgießerei- und Geschossfabrik in Ingolstadt 1903 im Nachhinein an den Militärkanal angeschlossen und die Aborte für „Fäkalienabschwemmung“ umgebaut. In Amberg erfolgte die Ableitung der Abwässer aus den Küchen und Waschküchen über den Hauptentwässerungskanal an der Schlachthausstraße. Nach einer Typhusepidemie im Winter 1915/16, die in ihren Anfängen erstickt werden konnte, beschloss die Heeresverwaltung in den Arbeiterhäusern beim Hauptlaboratorium und bei der Geschützgießerei und Geschossfabrik in Ingolstadt eigene Toiletten einzurichten. Im Oktober 1916 wurde in zwölf der insgesamt 19 Wohnhäuser jeweils ein „Spülklosett“ installiert.

Die Arbeiterwohnhäuser bei der Geschützgießerei und Geschossfabrik wurden 1909 auf „vielfachen Wunsch der Ansiedler“ nachträglich an die städtische Gasleitung angeschlossen. Die Anschlussarbeiten beinhalteten die Verlegung einer Leitung für Kochzwecke, Gaskocher wurden vom städtischen Gaswerk leihweise abgegeben. Die Verwaltung betonte, dass diese für die Arbeiterfamilien „besonders vorteilhafte Einrichtung (...) dankbarst begrüßt“ und „ausnahmslos genutzt“ werde.²² Die Stromversorgung beschränkte sich, ausgenommen die durchgehend elektrifizierten Häuser an der Dachauer Straße in München, auf die Außen- und Treppenhausbeleuchtung; zudem verfügten alle Häuser über elektrische Türklingeln. Die Arbeiterwohnhäuser beim Hauptlaboratorium und bei der Geschützgießerei und Geschossfabrik in Ingolstadt wurden im November 1916 an das städtische Stromnetz angeschlossen. Der Betrag sollte teilweise von den Bewohnern der Kolonie selbst erbracht werden. So wurde den Arbeitern eine Pauschalgebühr, die die Stromkosten, eine Vergütung für die Beleuchtungskörper und eine Tilgungsrate beinhaltete, vom Lohn einbehalten.²³

Außer bei den Wohnblocks in München und den umgebauten Altbauten in Ebenhausen gehörte zu jeder Wohnung ein zwischen 50 m² und 150 m² großer Gartenanteil, um die Selbstversorgung der Bewohner zu unterstützen. Das zur weiteren Errichtung von Arbeiterhäusern vorgesehene angrenzende Ackerland wurde zudem für etwa die Hälfte des ortsüblichen Preises an die Bewohner der Arbeiterhäuser verpachtet.²⁴

In allen Wohnungen waren diverse Öfen aufgestellt. Meist konnte sogar jedes Zimmer extra beheizt werden. So stellte die Inspektion der Fußartillerie am 20. April 1899 einen Antrag auf Kostenbewilligung, um in den als Schlafräumen genutzten Dachkammern der Arbeiterwohnhäuser „eiserne Öfen“

²¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 106, 23.4.1904 sowie im Folgenden MKr 7283, Prod. 112, 22.10.1899.

²² Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 5231, S. 7.

²³ Baier, S. 93.

²⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 170, 16.10.1906.

aufstellen zu können. Auch versuchte man bereits beim Bau auf Energieerhalt in den Wohnungen Rücksicht zu nehmen. So kritisierte die Inspektion der Technischen Institute die geplante Wohnungsaufteilung in den Arbeiterhäusern in Amberg, denn „namentlich bei kinderreichen Familien“ führe während der kalten Jahreszeit „das öftere Öffnen der zum Freisitz und hier zum Abort führenden Türe“ zu kalter Zugluft in der Wohnküche. Weiterhin wurde bemängelt, dass der Freisitz insgesamt zu klein sei und bei den Drei-Zimmer-Wohnungen nur von einem Zimmer aus betreten werden könne. Zur Beheizung waren zudem „Kachel-, Sessel- und eiserne Regulieröfen“ aufgestellt, in den Küchen eiserne Dauerbrandöfen und Kochherde. Da die Direktion aufgrund der mit „Nutzholz angefüllten Remisen (...) erhöhte Feuersgefahr“ befürchtete, installierte man eine eigene „Feuerlöschleitung“ sowie Brandmauern und einen Hydranten mit Schlauchgarnitur im Hof. Die Gesimse, Tore und Fensterläden waren deshalb mit Blech verkleidet.²⁵

Eigene Badezimmer innerhalb der Wohnung waren ein für die Zeit ungewohnter Luxus. Doch bereits beim Bau der ersten Arbeiterwohnhäuser in Ingolstadt wurden zusätzlich freistehende Waschwäuser mit Bademöglichkeit errichtet, die sich mehrere Häuser teilten. In der Dachauer Straße in München waren entsprechend ausgestattete Kellerräume vorhanden. Hier befand sich in jedem Mietshaus ein gesonderter Baderaum mit zwei Wannen. Die in den Jahren 1907 bis 1909 errichteten Reihenhäuser in Ingolstadt verfügten über ein Badehaus mit zwei Wannen- und drei fortschrittlichen Brausebädern. Die Feldzeugmeisterei betonte, dass für Frauen und Kinder die „private Warm-Badeanstalt“ zu weit entfernt liege und deshalb die Erbauung eines Badehauses „vom Standpunkt der Reinlichkeit und Gesundheit der Koloniewohner als dringend wünschenswert bezeichnet“ werden müsse.²⁶ Erst die Häuser an der Barbarastraße in München wiesen serienmäßig für jede einzelne Wohnung Badeeinrichtungen und eine Waschküche auf.²⁷

6. Ein „Moment der Wohlfahrtseinrichtung“ – Festlegung der Mieten

Der soziale Wohnungsbau des Militärs bot den Arbeitern im Vergleich zur überdurchschnittlich guten und modernen Wohnungsausstattung ein günstiges Mietniveau. Untervermietung und „Schlafgängerwesen“, mit denen sich auf dem freien Wohnungsmarkt ein Zusatzeinkommen zur Schulterung der Mietlast erwirtschaften ließ, waren untersagt. Die Mieten wurden nach Anhörung der Arbeitervertreter und unter Rücksicht darauf, dass die „Wohnungsfürsorge zu den Wohlfahrtsbestimmungen gehört“, wie die Direktion betonte, auf einem „sehr mäßigen“ Niveau angesiedelt und waren monatlich im Voraus zu entrichten.²⁸ Sie gestalteten sich nach Standort und Wohnungsgröße unterschiedlich hoch. Die Direktion der militärischen Institute vereinnahmte die Mieterträge, bildete daraus einen Fonds zur Bestreitung des laufenden Bauunterhalts sowie für der „auf den Arbeiterhäusern ruhenden Lasten“ wie Umlagen oder Brandversicherungsbeiträge und erstattete dem Kriegsministerium einmal im Jahr Bericht über Einnahmen und Ausgaben.²⁹ Auch damals waren die Mieten in München am höchsten: Für die Wohnungen der Artillerie-Werkstätten in einem der Wohnblocks an der Dachauer Straße betragen sie 1911 für eine Zwei-Zimmer-Wohnung jährlich 168 Mark, für drei Zimmer

²⁵ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 108, 20.4.1899 und MKr 7284, Prod. 119; 24.1.1905.

²⁶ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 168, 24.10.1906.

²⁷ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 288, Prod. 39, 04.10.1911; Prod. 105, 5.2.1912.

²⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 15, 28.09.1900.

²⁹ Braun, S. 140 sowie Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, Prod. 132, 23.9.1905.

zwischen 180 und 228 Mark sowie 264 Mark für vier Zimmer. Die Vergleichsmieten auf dem freien Markt lagen bei etwa dem Doppelten.³⁰

Für die Zwei-Zimmer-Wohnungen beim Hauptlaboratorium in Ingolstadt waren einer Aufstellung der Direktion vom Mai 1884 zufolge als Jahresmiete für eine Erdgeschosswohnung 132 Mark sowie 144 Mark für eine Wohnung im Obergeschoss „in Rücksicht auf die größere Ruhe und Bequemlichkeit“ zu entrichten. Bei der Festsetzung der Mieten wurde das Mietniveau der preußischen Arbeiterwohnhäuser in Spandau und das bei den Zentralwerkstätten der bayerischen Staatsbahn als Maßstab herangezogen: 1898 nahm die Militärverwaltung abzüglich des Hausmeisterlohns 6.776 Mark aus der Vermietung der zwölf Arbeiterwohnhäuser des Hauptlaboratoriums ein. Die Verzinsung des eingesetzten Kapitals betrug einer Berechnung der Militärverwaltung nach 2,78 %.

Die Mieten für die Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen bei der Geschützgießerei und Geschossfabrik bewegten sich zwischen 120 und 186 Mark jährlich. Die Wohnungen in den Reihenhäusern an der Hanstraße, Haus „Typ A“, kosteten jährlich 120 Mark, im Mehrfamilienhaus „Typ B“ jährlich zwischen 132 und 144 Mark und im Haus „Typ C“ zwischen 174 und 186 Mark. Die Miete wurde vom Lohn einbehalten.

Am günstigsten gestalteten sich die Mieten standortbedingt in Amberg und Ebenhausen. Die Inhaber der 1876 erbauten, älteren Wohnungen in Ebenhausen, die vor allem aus Gründen der Werkssicherheit errichtet worden waren, wohnten anfangs mietfrei. Auch in späteren Jahren, wie 1896 erneut bekräftigt, wollte die Direktion diese Vergünstigung nicht entziehen. Ab 1898 wurde, nachdem die langjährigen Mieter ausgeschieden waren, ebenfalls Miete verlangt. Für die vier Erdgeschosswohnungen in den beiden 1909/1910 errichteten Häuser waren je 150 Mark jährlich zu entrichten, die vier Obergeschosswohnungen kosteten jeweils 198 Mark.³¹

In Amberg betrug die Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Gartenanteil 1911 jährlich 147 Mark und 195 Mark für drei Zimmer, wobei sich die unterschiedlich großen Gartenanteile auf die Mietpreisgestaltung auswirkten. Die Vergleichsmieten auf dem freien Markt lagen bei 175 bzw. 280 Mark. Berechnungen der Direktion zufolge betrugen die Mieten in Amberg 1908 nur rund ein Achtel bis ein Zwölftel des Jahreseinkommens der besserverdienenden, älteren Stammebelegschaft. Der Jahresverdienst lag bei jährlich 300 Arbeitstagen zwischen 1.200 und 2.400 Mark.³²

Im Februar 1911 richtete das Bayerische Kriegsministerium eine Anfrage an den Militärbevollmächtigten in Berlin und erkundigte sich nach der Verfahrensweise der Preußischen Heeresverwaltung für die Berechnung der Mieten militäreigener Arbeiterwohnungen. Die Mietpreise sollten einer fünfprozentigen Verzinsung der Baukosten entsprechen. Die Erträge seien als Einnahmen der Militärverwaltung zu behandeln. Der Bauunterhalt sowie die auf den Wohnungen ruhenden Lasten würden aus dem laufenden Gebäudeerhaltungsfonds bestritten und die Kosten für Ersatzbauten im Militäretat eingeplant. Die Feldzeugmeisterei beschloss daraufhin nach Überprüfung der Miethöhen für „den Fall eines Wohnungswechsels ab 1. April 1912“ die Mieten für die Arbeiterwohnungen zu erhöhen.³³ Richtgröße stellte dabei unter Mitberücksichtigung des örtlichen Mietniveaus und der lokalen Verhältnisse der empfohlene Wert in Höhe von 5 % der Baukosten dar. Generell sollte bei der Mieterhöhung aber der „stets betonte Moment der Wohlfahrtseinrichtung“ erhalten bleiben. Zudem befürchte-

³⁰ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 96, 7.7.1898.

³¹ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283, Prod. 61, 9.11.1896 und Prod. 101, 27.2.1899 sowie MKr 7285, Prod. 80, 18.1.1912.

³² Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr, Feldzeugmeisterei 5342, S. 24.

³³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7285, Prod. 89, 27.02.1911

te die Feldzeugmeisterei, dass eine wesentliche Erhöhung der Mieten „den Arbeitern Grund gebe für ein abermaliges Streben nach Lohnaufbesserung“.³⁴

7. „Ein frühes Bekenntnis zum Schöner Wohnen“ – Fazit

Einer Übersicht des Bayerischen Kriegsministeriums zufolge wohnten 1907 im Schnitt 16,4 % aller verheirateten und seit Jahren beschäftigten „bewährten“ Arbeiter der bayerischen Rüstungsindustrie in Neubauwohnungen der Armee. Angestrebt waren insgesamt 20 %, in München 30 % der verheirateten, bewährten Stammarbeiter, die sich als „würdig“ und „tüchtig“ erwiesen hatten. Betonte die Militärverwaltung auch vielfach, die Bauten seien ein „Act der Arbeiterfürsorge“ und eine „reine Wohlfahrtseinrichtung“, errichtet zur „Lösung der Arbeiterwohnungsfrage“, verfolgte man mit ihrer aus dem Hauptmilitäretat finanzierten Errichtung auch das Ziel, eine zuverlässige Stammebelegschaft aufzubauen und zu erhalten. Zudem sollten die Bauten den für die Rüstungsbetriebe erforderlichen Zuzug weiterer Arbeitskräfte erleichtern und ihre Verankerung am Arbeitsort festigen. Auch begaben sich die Arbeiter durch die Koppelung des Miet- an das Arbeitsverhältnis mit dem Bezug einer militäreigenen Wohnung in eine doppelte Abhängigkeit.

Der soziale Wohnungsbau der Armee konnte nicht die allgemeine Wohnungsnot lindern, trug aber zur Entspannung des örtlichen Wohnungsmarktes bei und bot einem signifikanten Teil der Arbeiterschaft hygienische und geräumige Wohnungen zu günstigen Preisen. Die größtenteils noch heute bestehenden, denkmalgeschützten Kolonien in Ingolstadt, Amberg und München waren den Baustandards ihrer Zeit architektonisch und kulturgeschichtlich weit voraus. Mit dem neuartigen Bautyp des Reihenhauses nutzte man das Gelände optimal aus und konnte günstigere Bau- mit geringeren Heizkosten und kurzen Arbeitswegen kombinieren. Auch lagen die baulichen Standards weit über dem für die Zeit Üblichem: der Anschluss an Kanalisation, Wasser, Gas und Strom, individuell beheizbare Zimmer, sanitäre Anlagen sowie Waschmöglichkeiten, zudem Gartenland zur Selbstversorgung schufen für die „Minderbemittelten“ dieser Zeit weit überdurchschnittliche Wohnverhältnisse.

³⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7285, 8.7.1911.

Exponate

1 Ein „Act der Arbeiterfürsorge“

- a) Generalmajor Hermann Graf von Thürheim, 1889
- b) Berichtsentwurf, Generalmajor Hermann Graf von Thürheim, 24. Oktober 1890

Unmittelbarer Auslöser zum Bau der ersten militäreigenen sozialen Arbeiterwohnungsbauten in Bayern war der Inspektionsbericht des Generalmajors Hermann Graf von Thürheim vom 24. Oktober 1890. Thürheim, Sektions-Chef der den Rüstungsbetrieben übergeordneten Inspektion der Fußartillerie, hielt es für „dringend geboten“, den Klagen der Arbeiter des Hauptlaboratoriums in Ingolstadt über die weiten Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz entgegenzukommen. Er empfahl, für die Arbeiter der militäreigenen Rüstungsbetriebe eigene Arbeiterwohnhäuser zu errichten. Dies sei ein „nicht mehr lange abzuweisendes Bedürfnis“. Die Planungen des Bayerischen Kriegsministeriums bezüglich der Arbeiterwohnhäuser um die Jahrhundertwende sollten „reine Wohlfahrtseinrichtungen“, einen „Act der Arbeiterfürsorge“ für einen Teil der bereits vorhandenen Belegschaft darstellen.

- a) Fotografie, schwarz-weiß, 10,5 x 6 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, PI 12549.
- b) Berichtsentwurf, Papier, 33 x 21 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, FZM 3469.



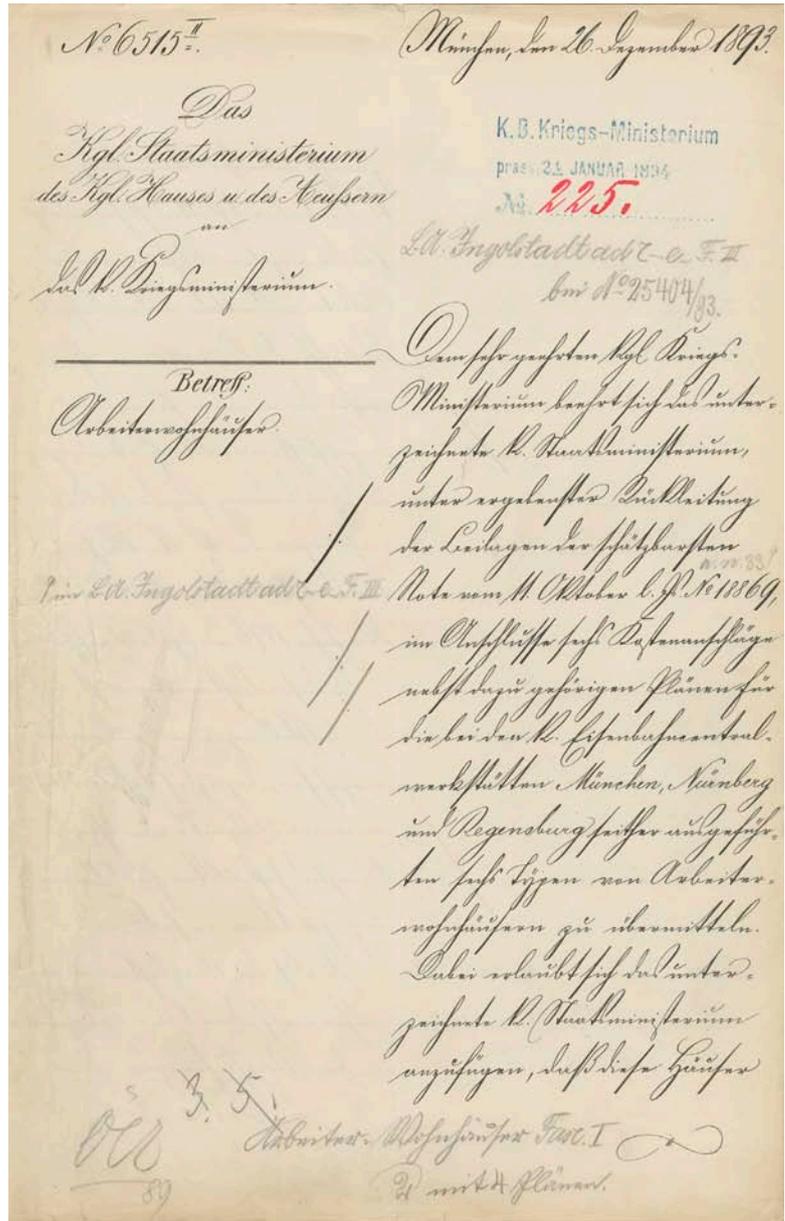
Kat.-Nr. 1a

2 Erfahrungsaustausch

- a) „Hausordnung für die Inhaber von Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern am Pichelsdorfer Wege“, Spandau 1884
- b) Schreiben des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußeren an das Königlich Bayerische Kriegsministerium, 26. Dezember 1893

Das Kriegsministerium machte sich bei der Planung der Arbeiterwohnungen sowohl die Erfahrungen der Preussischen Armee als auch die der Bayerischen Staatseisenbahnen zunutze: In den Akten finden sich Baupläne der Eisenbahnarbeiterwohnungen bei den Zentralwerkstätten in München, Nürnberg und Regensburg sowie Korrespondenz mit Berlin hinsichtlich der Mieten und Hausordnung in Spandau. Die Preussische Armee hatte 1891 begonnen, für die etwa insgesamt 7.000 Beschäftigten ihrer Rüstungswerkstätten in Spandau eine ganze Arbeiterkolonie zu erbauen: ein in Bezug auf Größe und Subventionierungsbedarf beispielloses Projekt. Das rasche Wachstum der Beschäftigtenzahlen der Spandauer Rüstungsindustrie hatte zu einer Mietenexplosion und akuten Erscheinungen extremer Wohnungsnot wie „Schlafgängerwesen“ und Untervermietung geführt.

- a) Geheft, Papier 19,5 x 12,5 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283.
- b) Schreiben, Papier, 33 x 21 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283.



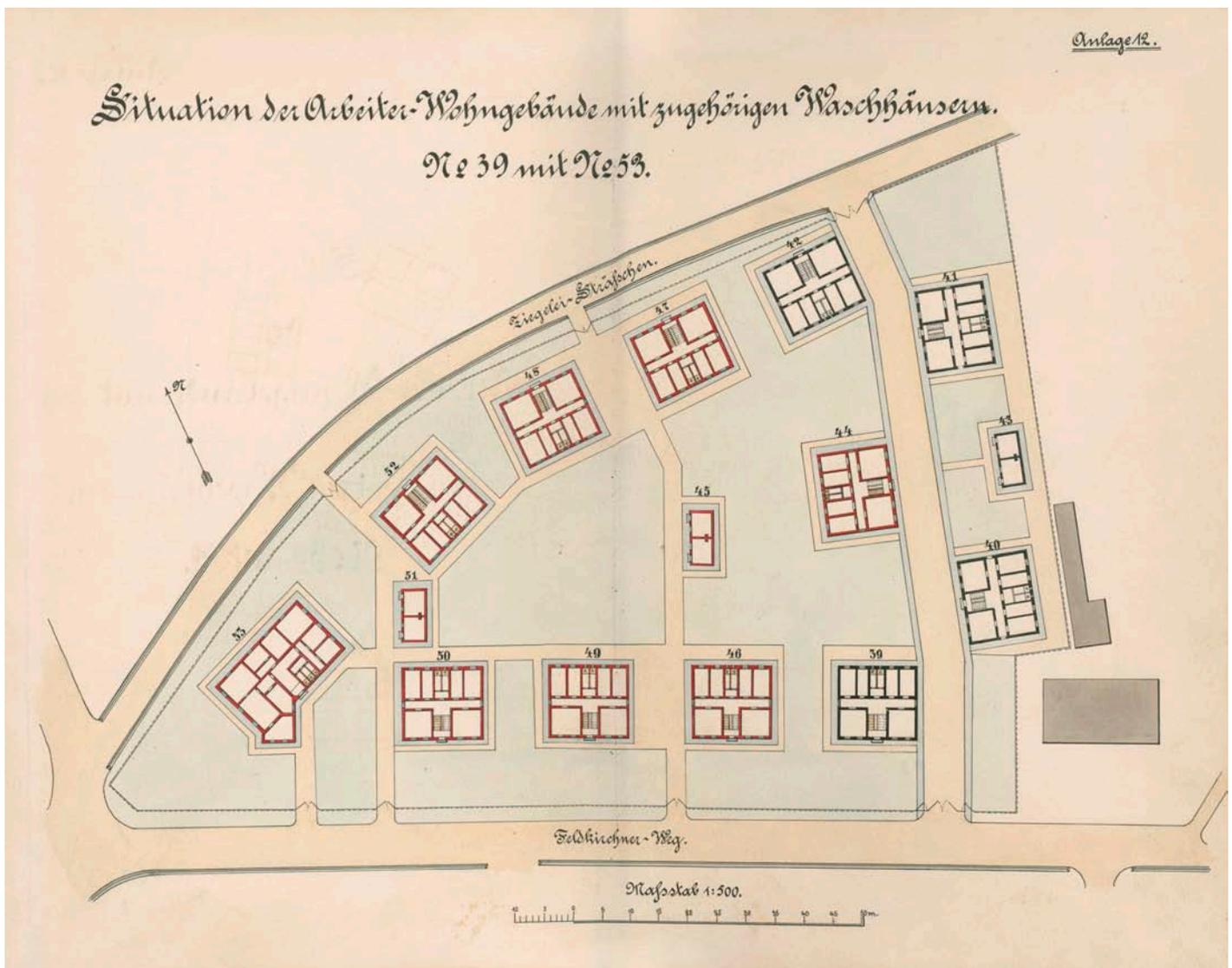
Kat.-Nr. 2b

3 Ingolstadt – die ersten militärischen Arbeiterwohnhäuser

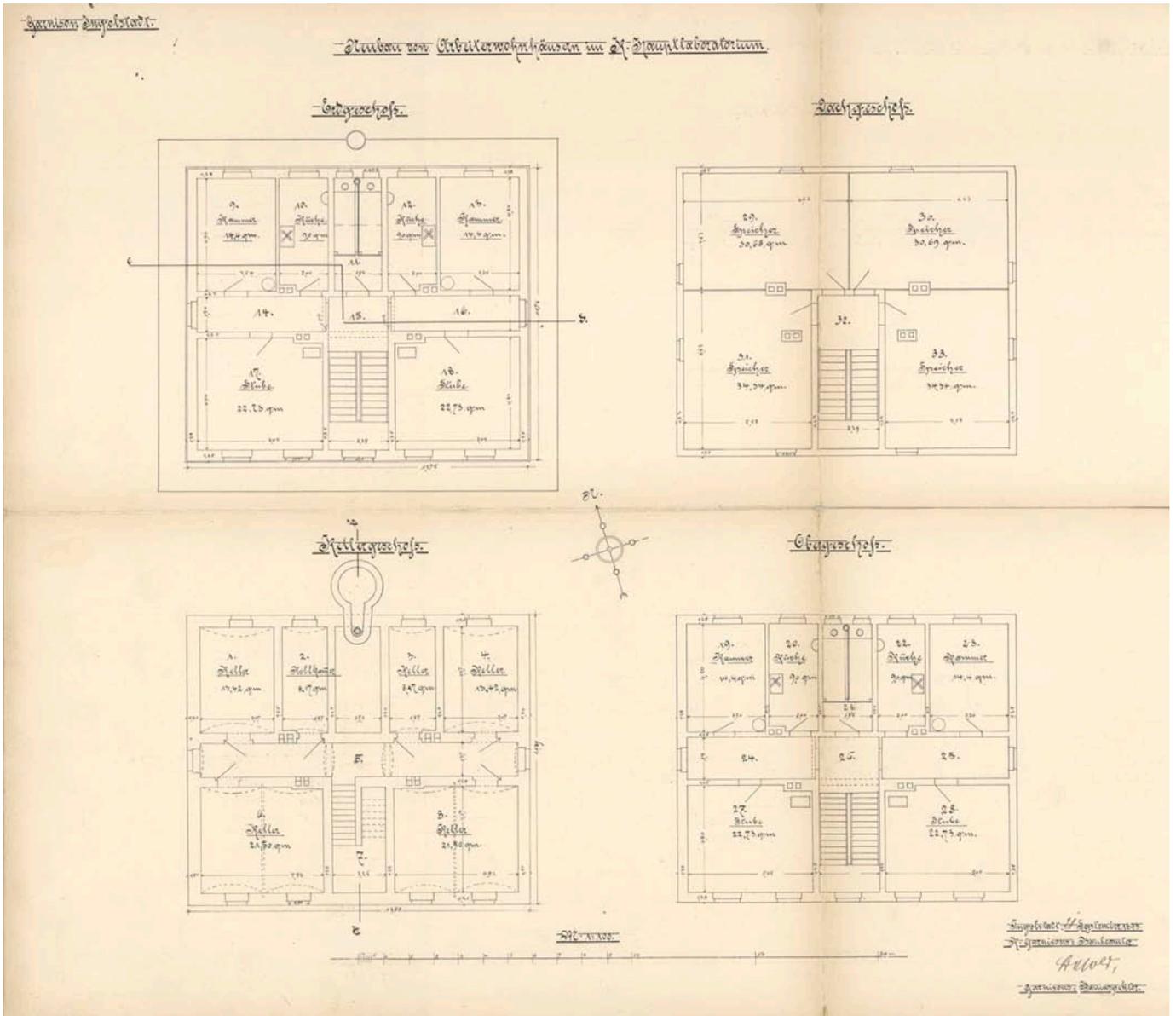
- a) „Situation der Arbeiter-Wohngebäude mit zugehörigen Waschlhäusern“, Lageplan, 1895
 b) „Neubau von Arbeiterwohnhäusern im K. Hauptlaboratorium“, Grundriss, 21. September 1893

Im Straßenwinkel von Ziegelei- und Römerstraße entstand in den Jahren 1893 bis 1896 eine erste Arbeiterkolonie für die Beschäftigten des Hauptlaboratoriums: gebaut wurden zwölf Häuser mit insgesamt 50 Wohnungen sowie drei Waschlhäusern. Am 14. Mai 1892, ein Jahr vor der Verlegung des Hauptlaboratoriums in die Donaustadt, hatte dessen Direktion zusätzlich zu von Thürheims Bericht mittels einer Umfrage unter den Arbeitern Daten zu deren Wohnverhältnissen erhoben: Dokumentiert wurden Miete, Lage der Wohnung und Zimmeranzahl. Die Mehrzahl der Arbeiterfamilien wohnte demnach in „hygienisch nicht einwandfreien“ Verhältnissen. In Anbetracht der Ergebnisse begann die Militärverwaltung 1893 mit der Erbauung der ersten militärischen Arbeiterwohnhäuser in Ingolstadt.

- a) Lageplan, Maßstab 1:500, Papier, 32,5 x 41 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, FZM 5528.
 b) Grundriss, Maßstab 1:100, Papier, 49 x 41 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7283.



Kat.-Nr. 3a



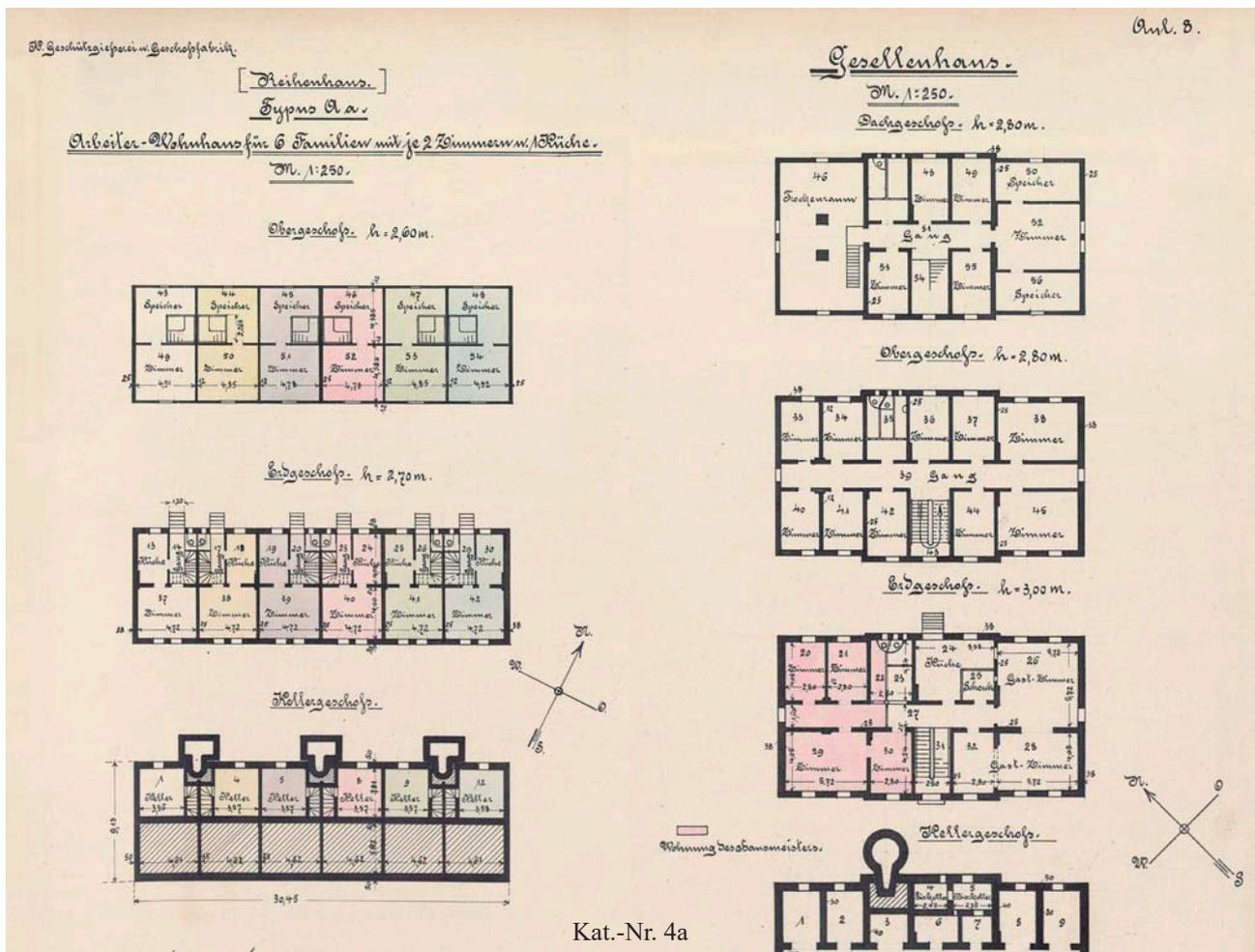
Kat.-Nr. 3b

4 Neue Wege in der Architektur

- a) „Lageplan der Arbeiterwohnhäuser“, 1900
- b) „Grundriß für kleine Anwesen in geschlossener Reihe“, Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, 1905
- c) Hanstraße in Ingolstadt, Reihenhausezeile, 1974
- d) Hanstraße in Ingolstadt, Reihenhausezeile, 2022

Durch das starke Anwachsen der Industriestädte und der Verteuerung der Boden- und Baupreise begann in einigen bayerischen Ballungszentren noch vor 1900 das Experimentieren mit dem neuartigen Bautyp des Reihenhauses. Auch die Armee betätigte sich frühzeitig auf diesem Gebiet der Architektur und versuchte erstmals in Ingolstadt, individuelles Wohnen mit rationeller Bauweise und optimaler Ausnutzung des Grundstückes zu verbinden sowie durch „sparsame Gestaltung des Grundrisses an Baukosten (...) thunlich zu sparen“. Als weitere Vorteile erkannte man geringere Heizkosten und kürzere Arbeitswege. Bereits 1897 wurde in der Siedlung der Geschützgießerei und Geschossfabrik in Ingolstadt an der heutigen Hanstraße eine Zeile mit sechs Reihenhäusern geplant und 1900 fertig gestellt (im Plan Typus Aa), der 1907/08 zwei weitere, fast identische Häuserreihen folgten.

- a) Lageplan, Maßstab 1:1000, Papier, 42 x 32,5 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, FZM 5223.
- b) Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, Nr. 11, März 1905, S. 105/106, Papier, 29,7 x 21 cm, Bayerische Staatsbibliothek.
- c) Fotografie, schwarz-weiß, Kleinbildformat, Stadtarchiv Ingolstadt, Hanstraße, Negativ Nr. 11A.
- d) Fotografie, farbig, 2022, Katharina Hillenbrand.



Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern.

Herausgegeben vom Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in München (e. V.). Redaktion: Dr. R. Singer und Dr. P. Busching. Alle Zusendungen an die Geschäftsstelle des Wohnungsvereins: Thal 1/1, München. Tel. 3199.

Erscheint monatlich. Preis bei direkter Zusendung mit Porto jährl. 1.40 Mk., bei gleichzeitigem Bezug von mindestens 5 Expl. je 1 Mk. Preis der einzelnen Nummer 20 Pfg., bei Mehrbezug 10 Pfg. Anzeigen für die zweispaltige Bettzeile 25 Pfg.

Nr. 11.

München, März 1905.

II. Jahrgang.

Inhalt:

	Seite
Grundriß für kleine Anwesen. Von Dr. R. Singer . . .	105
Zur Einführung der englischen Arbeitszeit . . .	106
Amberg. Wohnungsinspektion, städtische Darlehen . . .	109
Weiden. Neustadt. Geschäftsordnungen von Wohnungskommissionen . . .	109
Kothenburg o. T. Wohnungsaufsicht, Stiftungsdarlehen . . .	109
Bürgsburg. Ergebnisse der Wohnungsinspektion . . .	110
Eürnberg, Stadt. Arbeiterhäuser . . .	111
Schweinfurt. Arbeiterhäuser der Stadt . . .	112
Angsburg, Leere Wohnungen . . .	112
Nördlingen. Wohnungsaufsicht; Ergebnisse der Wohnungserhebung . . .	113
Pfilingen. Regelung des Wohnungswesens 1904 . . .	114
Antrag auf Abänderung der Münchener Bauordnung . . .	114
Wettbewerb für Baupläne für Arbeiterhäuser . . .	115
Grundbestveränderungen in München 1898—1904 . . .	115
Kleine Mitteilungen. Bilanz, Literatur . . .	111, 116

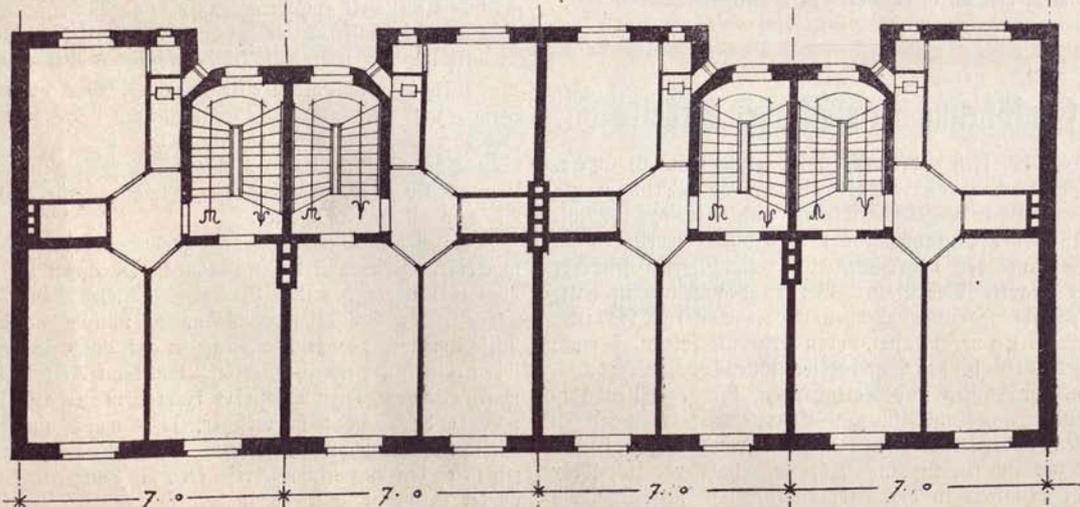
soweit es mit den hygienischen und sozialen Erfordernissen vereinbar, zu sparen. Es ist dies gewiß nicht durchwegs erwünscht, allein die Rücksicht auf die Lage der Betriebsstätten, auf eine allenfallsige Nebenbeschäftigung der Frau usw., insbesondere der Wunsch des Arbeiters, im allgemeinen nicht zu weit von den bereits bebauten Quartieren zu wohnen, stellen für die Wahl des Bauplatzes häufig gewisse Schranken auf, und die Folge davon ist, daß die Kosten für den Bauplatz bereits einen erheblichen Bruchteil — bei 36 Mk. für den Quadratmeter und einer Gebäudehöhe von rund 17,00 m von Kellersohle bis Hauptgesimsoberkante eben den sechsten Teil der Baukosten — ausmachen.

Eine größere Freiheit in der Grundrißlösung bietet sich dort, wo billigere Grundstückspreise mehr Spielraum auch in baulicher Beziehung gestatten. So sehr hervorzuheben ist, daß in Anwesen der gemeinnützigen Bauvereine, auch bei einer Mehrzahl von Wohnungen in einem Anwesen, sofern jede Wohnung nur für sich alles notwendige enthält, eine tadellose Ordnung und Sauberkeit, sowie sehr angenehme sonstige Verhältnisse bestehen können, so sehr muß es doch erwünscht sein, soweit tunlich auch Anwesen mit einer kleineren Zahl von Wohnungen zu erstellen. Ein Beispiel in dieser Richtung geben die rheinischen, dann insbesondere auch die belgischen Städte, welche eine größere Zahl von Anwesen mit nur zwei oder drei Fenstern Front, d. h. nur einer Wohnung im Stockwerk enthalten. Ein großer Vorzug dieser Grundrißlösung liegt darin, daß durch die Beschränkung der Anwesen Größe das Anwesen selbst bei einer verhältnismäßig bescheidenen Anzahl durch allmähliche Abzahlungen in den Besitz des Bediensteten oder Arbeiters übergeben kann, zumal auch das Risiko bei einer so beschränkten Anzahl von Wohnungen nur ein geringes ist.

Grundriß für kleine Anwesen in geschlossener Reihe.

Von Dr. R. Singer.

Bei Grundstückspreisen von vielleicht 25 Mk. per qm und höher ist es, um kleine abgeschlossene Wohnungen zu nicht allzu hohen Mietpreisen herstellen zu können, unbedingt notwendig, wie in diesen Blättern schon wiederholt ausgeführt, durch sparsamste Gestaltung des Grundrißes an Baukosten soweit tunlich und



Kat.-Nr. 4b



Kat.-Nr. 4c



Kat.-Nr. 4d

5 Münchens erste militäreigene Arbeiterwohnungsbauten

- a) „Arbeiterwohnhäuser an der Dachauerstrasse“, Plan, 21. Mai 1901
- b) Dachauer Straße 108 in München, 2022

Die ersten militäreigenen Arbeiterwohnungsbauten in München entstanden in den Jahren 1902/03, 1904/05 und 1910/11. Das Kriegsministerium errichtete für die Arbeiter der Artillerie-Werkstätten an der Dachauer Straße drei große Wohnblocks mit je 33 bzw. 35 Wohnungen mit je zwei bis vier Zimmern und Küche. Die Häuser an der Dachauer Straße hatten als erste eine durchgehende elektrische Beleuchtung. Am Plan des ersten Gebäudes orientierten sich die beiden weiteren. Die Eingänge befanden sich mittig an der Dachauer Straße sowie an beiden Seiten. Später wurden im zweiten Obergeschoss Balkone ergänzt (Exponat 5b, rechts).

- a) Plan, 84 x 42 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284.
- b) Fotografie, farbig, 2022, Katharina Hillenbrand.



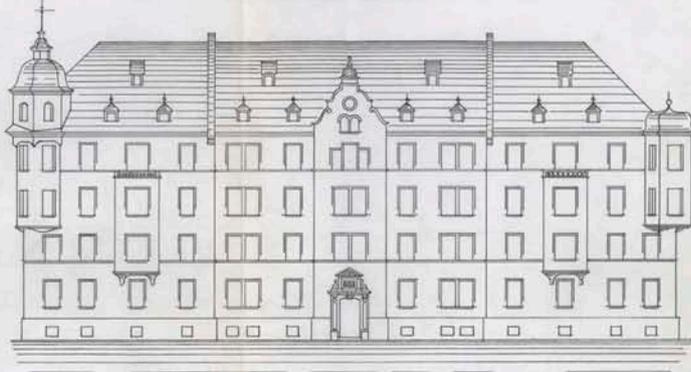
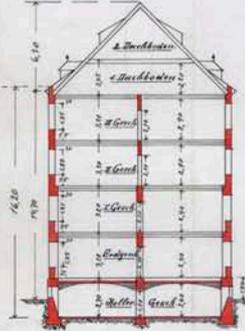
Kat.-Nr. 5b

Gemisser Münchener

Arbeiterwohnhäuser an der Dachauerstrasse

Querschnitt

Strassenansicht



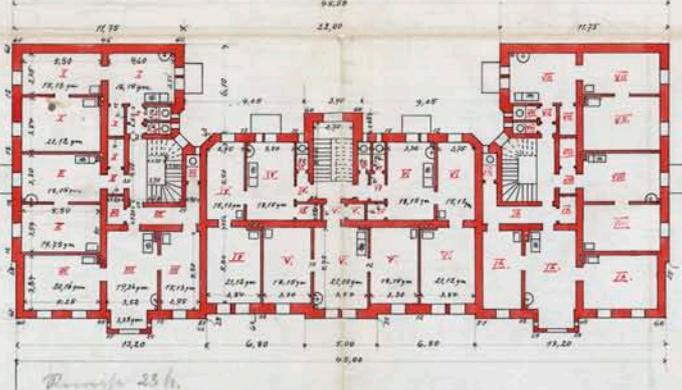
Keller mauerwerk II von Boden
Geschoß mauerwerk in Kiegeln
1. Stockboden mit rauhen Bretterböden
2. " " Betonstreich (Kellerstreich)
3. Zwischenbohlen Balkenlagen mit
Rehrädchen Stahl-Längsträgerböden
Keller mit hölzernen Kappen in
Kiegeln eingewölbt
Boden im Keller Betonstreich

Grundriß vom 1. Obergesch.

1. Obergesch.

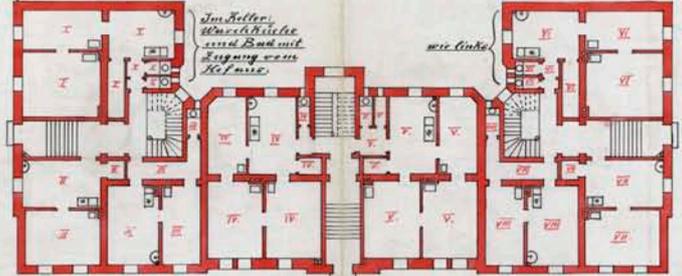
Übersicht

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----



16418/01

Erdbesch.



Blatt bei dem
Abm. d. d. M.
M. M.

Masstab 1:500

München, 21. Mai 1901.
Kriegs-Ministerium
Sektion für Bauwesen
Münchener
Geheimer Oberbaurath. Bauwart.

6 Am Bedarf vorbei

- a) Gesellenwohnhaus in Ingolstadt, 1906
- b) Schreiben der Inspektion der Technischen Institute an das Kriegsministerium, 9. Juli 1902

Die Wohnungsfürsorge stieß unter den Arbeitern nicht immer auf ungeteilte Zustimmung. Das „Gesellenhaus“ in Ingolstadt (Exponat 4a, Haus Nr. 249) wurde Ende September 1900 bezogen. Obwohl dort 18 ledige Arbeiter Platz hätten finden können, wurde es von Beginn an schlecht angenommen. Seit 1. Oktober 1901 nutzte nur noch ein einziger lediger Arbeiter die Einrichtung. Da weitere keine Neigung verspürten, „in eine Art Kasernierung“ einzutreten, entschloss sich die Direktion im Juli 1902, den „zu Tage getretene(n) Misserfolg“ zu beseitigen und das Versuchsprojekt zu einem „Familienwohnhaus“ umzuwandeln. Vier Ledigenwohnungen blieben bestehen, die anderen Einzelzimmer wurden zu zwei Familienwohnungen im Ober- und einer im Dachgeschoss umgebaut.

- a) Fotografie, schwarz-weiß, Glasplatte, Stadtarchiv Ingolstadt, Nachlass Rieter, Nr. 51 Arbeiterwohnhäuser Gesellenhaus.
- b) Schreiben, Papier, 33 x 21 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284, S. 1.



Kat.-Nr. 6a

№ 3631.

München, 9. Juli 1902.

Inspektion der Technischen Institute.

Betreff: Gesellenhaus.

|:Mit 11 Beilagen:|.

K. B. Kriegs-Ministerium

praes: 10 JULI 1902

№ 10926.

Dem K. Kriegsministerium berichtet die Inspektion unter Bezugnahme auf den anruhenden Schriftwechsel-Beilage 1-gehorsamst nachstehendes:

1. Das Gesellenhaus der G.G.u.G.F., welches in der arbeiterfreundlichen Absicht, eine Besserung der szt. sehr misslichen Wohnungsverhältnisse lediger Arbeiter in Jngolstadt und Umgebung herbeizuführen - vergl. hiewegen Bericht der vorm. Inspektion der Fussart. vom 20. 8. 96 Nr. 7446 - , mit K. M. E. Nr. 1315/99 zur Ausführung genehmigt und Ende September 1900 bezogen wurde, hat den erwarteten Anklang seitens der ledigen Arbeiter des Instituts nicht gefunden.

Während sich bis zum Januar 1901 bei 18 vorhandenen Betten als höchster Stand 11 Gesellen eingemietet hatten, ging deren Zahl im Laufe des Jahres 1901 rasch wieder zurück; zzt. der letzten Besichtigung des Instituts - Oktober 1901 - war das Gesellenhaus nur mehr von „einem“ Gesellen bewohnt.

2. Mit Rücksicht auf diesen ungünstigen Zustand und im Interesse einer

An das K. Kriegsministerium.

Kat.-Nr. 6b

7 Auf Initiative der Arbeiter

Schreiben des Stadtmagistrat Amberg an das Staatsministerium des Innern, 11. November 1903

Die angespannte Wohnungssituation im Amberg führte am 8. November 1903 zu einer Versammlung der Gewehrfabrikarbeiter. Der Amberger Stadtmagistrat berichtete dem Königlichen Staatsministerium des Innern, dass „der starke Zuzug von Arbeitern, 200 im Jahr 1902, 1.000 im darauffolgenden Jahr“, zu einer deutlichen Verschärfung der Wohnungssituation geführt habe. Hauptpunkt der Versammlung, an der auch Ambergs damaliger Bürgermeister Josef Heldmann und der Landtagsabgeordnete Karl Schirmer teilnahmen, war die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Arbeiter klag-

ten über den Mangel an hygienischem Wohnraum sowie über hohe Mietpreise und forderten die Erbauung von Wohnungen für 60 Familien durch die Gewehrfabrik. Die Militärverwaltung entschloss sich zum Bau von Arbeiterwohnungen für die Stammarbeiter der Gewehrfabrik.

Schreiben, Papier, 33 x 21 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284.

diesen Aufträgen bereits nachgekommen worden ist. Die Mehrzahl der hiesigen Einwohner einschließlich einer großen Anzahl von Hausbesitzern gehört eben der ärmeren Bevölkerungsklasse an.

Die im Laufe des vorigen Jahres von dem Bauunternehmer Müller unter mehreren ihm von der Stadt eingeräumten Begünstigungen erbauten Wohnhäuser haben für jede Wohnung einen eigenen Abort, dann die Kanalisation und den Bezug des Wassers aus der vor mehreren Jahren erbauten neuen Wasserleitung vorgesehen. Die Anzahl dieser Wohnungen reicht aber nicht hin, um dem bestehenden Mangel an Arbeiterwohnungen vollkommen abzuhelpfen und dürfte deshalb die Erbauung neuer Wohnhäuser für etwa 60 Familien durch die kgl. Gewehrfabrik nicht nur dem bestehenden Mangel für alle Zukunft sondern auch einer Verteuerung der Wohnungen durch die Vermieter gründlich abhelfen.

Der zweite Gegenstand der Berathung betraf die staatliche Regulierung der Pensionsverhältnisse der Gewehrfabrik- und Hilttenarbeiter und der dritte Gegenstand die Urlaubsverhältnisse der Gewehrfabrikarbeiter und die Arbeitszeit.

Die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse sind dem Wortlaute nach folgende:

„Die heute im Ankersaale dahier versammelten Arbeiter der staatlichen Betriebe Gewehrfabrik, Bergbau und Hochofen stellen hñemlt an den Landtagsabgeordneten Herrn Karl Schirmer die ergebene Bitte, bei dem gegenwärtig versammelten Landtag dahin wirken zu wollen, die Kammer der Abgeordneten möge be-

schließen:

1. Die Erbauung von Arbeiterwohnhäusern bei den hiesigen staatlichen Betrieben, da nach dem Gutachten maßgebender Autoritäten durch Privatbautätigkeit die hier herrschende Wohnungskalamität nicht beseitigt werden kann.
2. Die staatliche Regelung der Pensionsverhältnisse der Berg- und Hilttenarbeiter durch Verschmelzung sämtlicher Kassen zu einer Landespensionskasse.
3. Die Gewährung eines einwöchentlichen jährlichenurlaubes mit Lohnbezug sämtlicher staatlichen Arbeiter von mindestens zehnjähriger Dienstzeit an.

Der
rechtsk. Bürgermeister
Heldmann,
Kgl. Hofrat.

St.M.d.J. Nr 25308, 25540.

Nebst Beilagen g.R. an das kgl. Kriegsministerium zur geneigten Kenntnisnahme.

München, den 14. November 1903.

K. Staatsministerium des Innern.

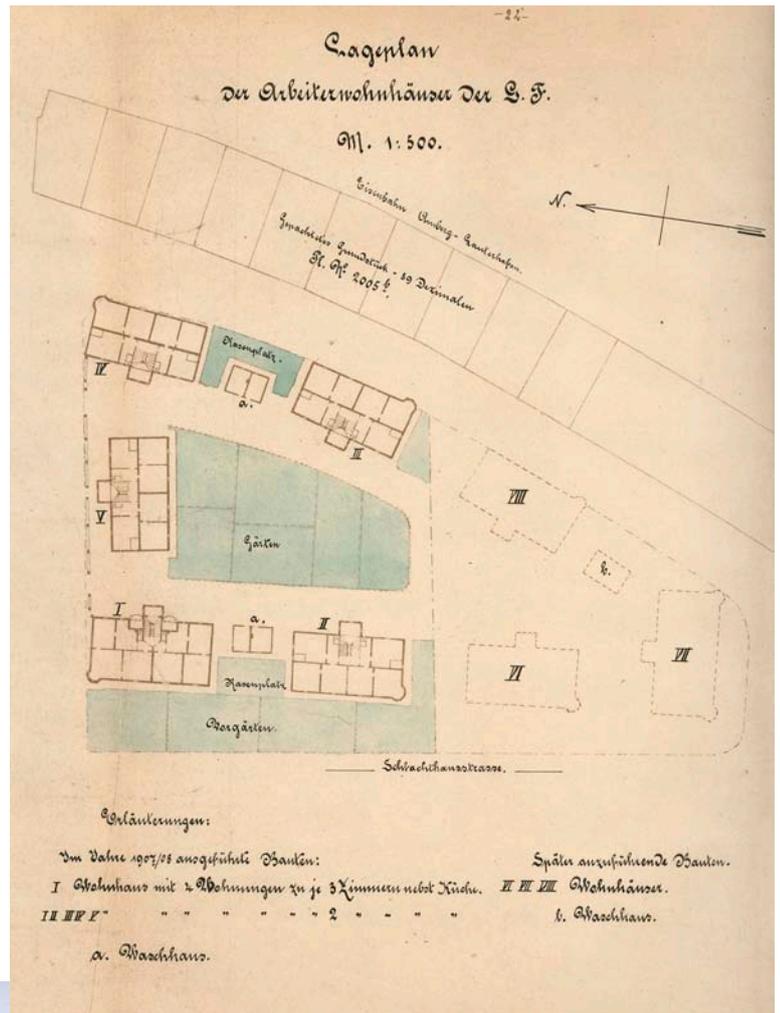
Feilitzsch.

8 Arbeiterwohnungsbauten in Amberg

- Lageplan der Arbeiterwohnhäuser der Gewehrfabrik, 1907
- Stadtmagistrat Amberg, Sitzungsprotokoll, 19. August 1904
- Merzstraße 2 in Amberg, 2022

Nach Ingolstadt und München entstanden 1906/07 in nur einem Jahr auch in Amberg zwischen der heutigen Drahthammer- und Merzstraße fünf Arbeiterwohnhäuser, die insgesamt 20 Familien Heimat boten. Zum Ensemble gehörten zwei Waschwäuser. Jedes Gebäude hatte vier Wohnungen mit je zwei bis drei Zimmern, Küche, Abort, Vorplatz und teilweise ein „Freisitz“. Alle Wohnungen verfügten über einen Keller-, Speicher- und Gartenanteil mit bis zu 150 m² Fläche. Die Verwirklichung weiterer drei Häuser (im Plan VI., VII., VIII.) und eines zugehörigen Waschhauses (im Plan b.) verhinderte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die nachfolgende Auflösung der Bayerischen Armee.

- Lageplan, Maßstab 1:500, Papier, 32 x 24,5 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, FZM 5342.
- Stadtmagistrat Amberg, Sitzungsprotokoll, Papier, 34 x 21 cm, Stadtarchiv Amberg, Zugang II, 1081.
- Fotografie, farbig, 2022, Katharina Hillenbrand.



Kat.-Nr. 8a

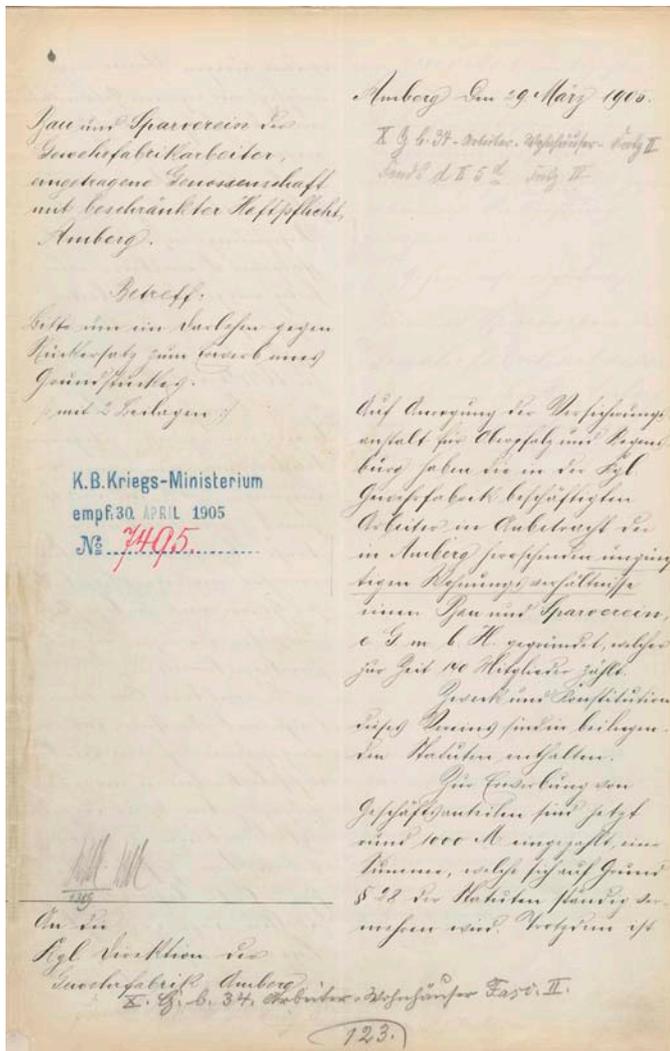
Kat.-Nr. 8c

9 Neue Finanzierungsformen

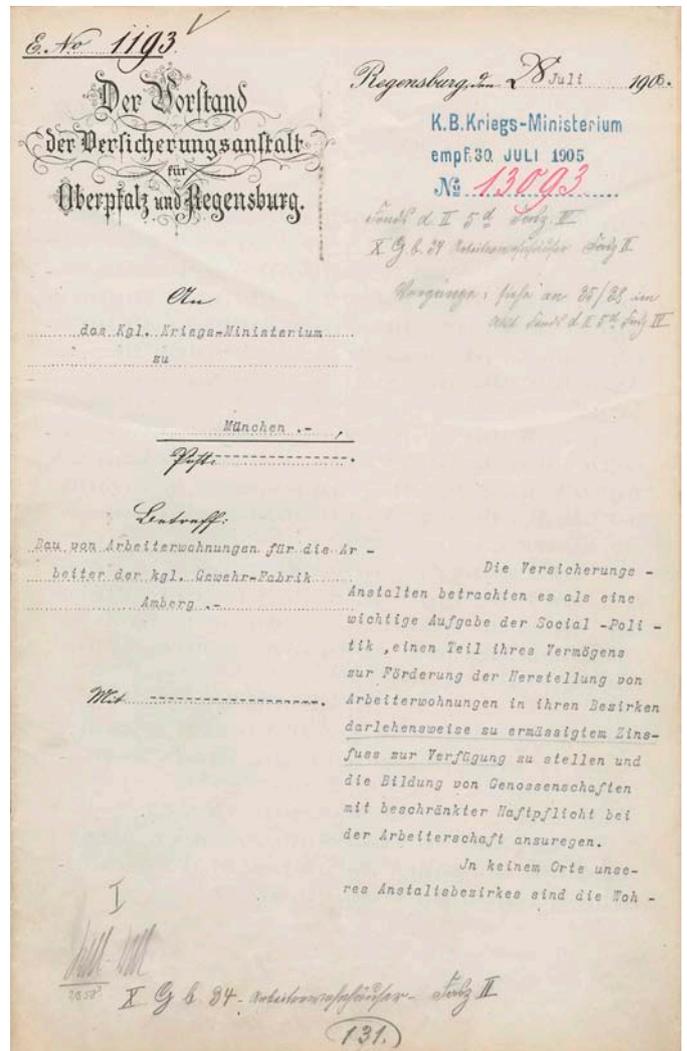
- a) Schreiben des Bau- und Sparvereins der Gewehrfabrikarbeiter an das Kriegsministerium, 29. März 1905
- b) Schreiben des Vorstandes der Versicherungsanstalt für Oberpfalz und Regensburg an das Kriegsministerium, 28. Juli 1905

Wie die Eisenbahnarbeiter schlossen sich auch die Arbeiter der militärischen Betriebe zur Selbsthilfe zusammen: Am 5. März 1905 gründete sich der „Bau- und Spar-Verein der Gewehrfabrikarbeiter Amberg“, der bereits am 29. desselben Monats beim Kriegsministerium um ein Darlehen zum Ankauf eines Grundstücks nachsuchte. Auch die Versicherungsanstalt für Oberpfalz und Regensburg sah es als „wichtige Aufgabe der Social-Politik“ an, das Bauvorhaben zu fördern und stellte zinsverbilligte Darlehen in Aussicht. In keinem Ort des Bezirks seien die Wohnverhältnisse für die Arbeiterbevölkerung so ungünstig wie in Amberg. Es bestehe nicht nur ein großer Mangel an Wohnungen, die vorhandenen seien zudem „nicht bedenkenfrei“ und die Mietpreise hoch. Auch das Kriegsministerium selbst förderte durch Gewährung zinsgünstiger Darlehen und Überlassung oder Tausch militäreigener Grundstücke die Initiativen. Einen Monat nach Gründung besaß der Amberger Verein bereits 140 Mitglieder.

a, b) Schreiben, Papier, 33 x 21 cm, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MKr 7284.



Kat.-Nr. 9a



Kat.-Nr. 9b

10 Die Kleinwohnungsanlage an der Barbarastraße in München

Kleinwohnungsanlage an der Barbarastraße, um 1910

Für die Beschäftigten des Korps-Bekleidungsamtes errichtete die Heeresverwaltung von Januar 1909 bis März 1910 in München eine Kleinwohnungsanlage zwischen der Barbara-, Schwere-Reiter- und Infanteriestraße. Nach Entwürfen des Geheimen Baurats Beetz entstanden zwölf freistehende, von Grünflächen und Gärten umgebene Mehrfamilienhäuser, die insgesamt 36 Familien Heimat boten. Die fünf Zweifamilien-, zwei Dreifamilien- und fünf Vierfamilienhäuser wurden verheirateten Unteroffizieren und Unterbeamten des Korps-Bekleidungsamtes zur Verfügung gestellt. Zu jeder Wohnung gehörte eine Waschküche mit eigener Badeeinrichtung – ein für die damalige Zeit nicht gekannter Luxus. Jedes Haus verfügte zudem über einen 90–140 m² großen Garten; ein gemeinschaftlicher Spiel- und Turnplatz in der Mitte rundete die Kolonie ab.

Fotografie, schwarz-weiß, Wohnanlage an der Barbarastraße, Straßenansicht, Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-1247.



11 Internationale Hygiene-Ausstellung 1911

Ausstellungsplan der Internationalen Hygiene Ausstellung Dresden, 1911

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden basierte auf einer Idee des Odol-Mundwasser Fabrikanten Karl August Lingner. Zielsetzung war es, „einmal im grossen Stile eine Belehrung der Allgemeinheit über die Gesundheitspflege zu unternehmen“: die Ausstellung sollte den Zusammenhang von Gesundheit und Hygiene verdeutlichen. Dies schloss auch die Wohnverhältnisse ein. Die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums sandte Fotos und ein Modell eines Hauses der Kleinwohnungsanlage an der Münchener Barbarastraße als einen der Beiträge der Bayerischen Armee für das Gesundheitswesen im Deutschen Reich. Diese wurden in Halle 38 „Armee-, Marine-, Kolonialheer“ als besonders hervorzuhebende „einwandfreie und hygienische Unterkunft“ gezeigt. Im Ausstellungsplan sind die Arbeiterwohnhäuser, Punkt 42, rot hervorgehoben.

Ausstellungsplan, Dresdner Anzeiger, 6.5.1911, 181. Jahrgang, Nr. 125, S. 105, Papier, 24 x 16 cm, Archiv des Deutschen Hygiene Museums.



12 „Ein frühes Bekenntnis zum Schöner Wohnen“ – Die Kleinwohnungsanlage heute

- a) Barbarastraße 27 in München, Fachwerkdetail, 2006
- b) „Ein frühes Bekenntnis zum Schöner Wohnen“, Süddeutsche Zeitung, 23. August 1993
- c) Barbarasiedlung in München, 2006

Heute gehört die Kleinwohnungsanlage in der Barbarastraße zu den Baudenkmälern im Münchner Stadtteil Schwabing-West und steht, wie auch die Bauten in Ingolstadt, auf der Bayerischen Denkmalliste. Das Landesamt für Denkmalschutz hatte 1984 die gesamte Siedlung unter Denkmalschutz gestellt, da sie „als einzigartiges Dokument des Kleinwohnungsbaus vor dem Ersten Weltkrieg und des sozialen Wohnungsbaus der bayerischen Armee“ gilt. Mit den zu jedem Haus gehörigen Grünanlagen und kleinen Vorgärten seien Einflüsse der Gartenstadtidee und des Heimatschutzgedankens festzustellen und unmittelbar die Prinzipien Theodor Fischers angewandt worden. Der Gartenstadtcharakter der kleinen Siedlung wird durch die einheitliche Konzeption betont. Die Verwendung unterschiedlicher Hausgrößen und -formen – einige mit Holzverkleidung, andere in Holzfachwerkbauweise – mit wechselnden Dachformen trägt zum harmonischen Eindruck des Ensembles bei.

- a) Fotografie, farbig, 2006, Burkhard Körner, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege.
- b) Süddeutsche Zeitung, Jahrgang 49, Nr. 193, 23.8.1993, S. 29, Papier, 35 x 25 cm, Bayerische Staatsbibliothek.
- c) Fotografie, farbig, Barbarasiedlung, 2006, Wiki Common.



Kat.-Nr. 12a



Kat.-Nr. 12b

Nr. 8 u. 9. Zeitschrift für Wohnungsfragen in Bayern. Seite 91.

Darlehen unmittelbar an Arbeiter bestehen aber erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Bedenken. Deshalb hat der Anstaltsvorstand bei jedem Anlasse die Gemeindebehörden darauf hingewiesen, daß die Gemeinden, in denen Mangel an Arbeiterwohnungen besteht, jederzeit zum Bau von solchen Wohnungen in angemessener Höhe gegen mäßigen Zinsfuß und niedrige Tilgung der Schuld Darlehen aus Anstaltsmitteln erhalten. Leider haben von diesem Anerbieten die Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Schweinfurt und einer Landgemeinde bis jetzt keinen Gebrauch gemacht, obwohl ein dringendes Bedürfnis nach Abhilfe besteht, zu dessen annähernder Verwirklichung aber die bestehenden Mittel der Versicherungsanstalt bei weitem nicht ausreichen.

Das erste Wohnhaus wurde in den Jahren 1902 und 1903 mit einem Kostenaufwand von 172,500 Mk. gebaut und am 1. Oktober 1903 der Benützung übergeben; das zweite ist gleichfalls fertig gestellt und im Oktober 1903 bezogen worden. Beide Wohnhäuser sind im Reubert nie in der inneren Einteilung fast vollkommen gleich, so daß hier eine Beschreibung des ersten Wohnhauses genügen dürfte.

Das Gebäude ist auf allen Seiten freistehend, dreiflügelig und durch Brandmauern in drei für sich abgeschlossene, mit eigenen Eingängen versehene Teile, einen Mittelbau und zwei Seitenbauten geteilt. Die Gesamtlänge des Baues beträgt 45 m, die Tiefe 19 m bzw. beim Mittelbau 16 m. Das Wohnhaus ist auf Betonsockel in Backsteinmauerwerk ausgeführt und mit Kalkmörtel verputzt. Auf der SW-Seite sind zwei Frontterrace ange-

Das erste Wohnhaus wurde in den Jahren 1902 und 1903 mit einem Kostenaufwand von 172,500 Mk. gebaut und am 1. Oktober 1903 der Benützung übergeben; das zweite ist gleichfalls fertig gestellt und im Oktober 1903 bezogen worden.

Beide Wohnhäuser sind im Reubert nie in der inneren Einteilung fast vollkommen gleich, so daß hier eine Beschreibung des ersten Wohnhauses genügen dürfte.

Das Gebäude ist auf allen Seiten freistehend, dreiflügelig und durch Brandmauern in drei für sich abgeschlossene, mit eigenen Eingängen versehene Teile, einen Mittelbau und zwei Seitenbauten geteilt. Die Gesamtlänge des Baues beträgt 45 m, die Tiefe 19 m bzw. beim Mittelbau 16 m. Das Wohnhaus ist auf Betonsockel in Backsteinmauerwerk ausgeführt und mit Kalkmörtel verputzt. Auf der SW-Seite sind zwei Frontterrace ange-

Wohnungsbeschaffung durch Arbeitgeber in Bayern.

Arbeiterwohnhäuser auf Oberwiesfeld. — Werkstätten für die Kugelfabrik J. Vogelstein. — Arbeiterheim in Frankfurt. — Badische Kautin- und Zehnfabrik Ludwigshafen. — Gewerkschaft sozialistischer Arbeiter, Stuttgart. — R. Langenfeld in Augsburg. — Arbeiterwohnheim in Jülich.

Die Zeitschrift für Wohnungsfragen in Bayern hat bereits wiederholt über einzelne Fälle von Wohnungsbeschaffung durch private Arbeitgeber für ihre Arbeiter berichtet; erst neuerdings ist die Tätigkeit Augsburger Unternehmer auf diesem Gebiete in diesen Blättern mitgeteilt worden (III. Jahrg. Nr. 6). In der Folge sollen nun entsprechend den Anträgen, welche die Redaktion auf eine besondere diesbezügliche Umfrage erhalten hat, Mitteilungen über den Umfang der Wirksamkeit der Arbeitgeber auf diesem Gebiete gegeben werden: Es handelt sich dabei sowohl um staatliche, wie um private Unternehmungen. Ohne daß auf die prinzipielle sozialpolitische Seite der Angelegenheit, die gegenwärtig in der wissenschaftlichen Erörterung mit großem Eifer behandelt wird, hier eingegangen werden kann, sollen ausschließlich die Berichte, so wie sie der Redaktion zugegangen sind, im Wortlaut mit geringfügigen Kürzungen hier wiedergegeben werden. Aus der verschiedenartigen Ausführlichkeit der uns gemachten Mitteilungen erklärt es sich, daß eine einheitliche Behandlung nicht möglich ist und daß auf einen Teil der Berichtgegenstände in größerem Umfang eingegangen wird, als auf andere. Die Redaktion möchte hierbei zugleich allen Unternehmungen, welche Berichte einbringen, den verbindlichsten Dank aussprechen. Wir lassen nun die Berichte selbst folgen:

Arbeiterwohnhäuser auf Oberwiesfeld.

Das Kgl. Bayer. Kriegsministerium hat i. J. 1901 den Bau von Arbeiterwohnhäusern für die verarbeiteten Arbeiter der auf Oberwiesfeld unterbrochenen militärischen Werkstätten (Kugelfabrik Vogelstein, Provoiantamt, Artillerie-Depot, Traindepot) in Angriff genommen.

Die Wohnhäuser liegen im SW des Grundbesitzes der Artillerie-Werkstätten an der äußeren Döckauerstraße, durch Vorgärten von dieser getrennt.

Das erste Wohnhaus wurde in den Jahren 1902 und 1903 mit einem Kostenaufwand von 172,500 Mk. gebaut und am 1. Oktober 1903 der Benützung übergeben; das zweite ist gleichfalls fertig gestellt und im Oktober 1903 bezogen worden.

Beide Wohnhäuser sind im Reubert nie in der inneren Einteilung fast vollkommen gleich, so daß hier eine Beschreibung des ersten Wohnhauses genügen dürfte.

Das Gebäude ist auf allen Seiten freistehend, dreiflügelig und durch Brandmauern in drei für sich abgeschlossene, mit eigenen Eingängen versehene Teile, einen Mittelbau und zwei Seitenbauten geteilt. Die Gesamtlänge des Baues beträgt 45 m, die Tiefe 19 m bzw. beim Mittelbau 16 m. Das Wohnhaus ist auf Betonsockel in Backsteinmauerwerk ausgeführt und mit Kalkmörtel verputzt. Auf der SW-Seite sind zwei Frontterrace ange-

ARBEITER-WOHNHAUS DER ARTILLERIE-WERKSTÄTTEN IN WENGEN. (HALBE)

1. STOK.

braucht, die im 3. Stock als Balkone endigen, an den beiden Enden sind im 2. und 3. Stock Erker (der eine in runder, der andere in rechteckiger Form) vorgebaut, die von einer Kuppel getrennt sind.

Die beiden Seitenflügel sind bis auf die beiden erwähnten Erker völlig gleich gestaltet und eingeteilt.

Im Erdgeschoß sind in den Seitenbauten je drei, im Mittelbau zwei Wohnungen eingerichtet; alle Obergeschoße, sowohl die Seitenflügel wie der Mittelbau enthalten je drei verhältniß große Wohnungen.

Das Haus enthält insgesamt 36 Familienwohnungen und zwar:

a) 2 Wohnungen mit 3 Wohnräumen und 1 Küche. 22 Mk.
 b) 10 Wohnungen mit 2 Wohnräumen und 1 Kochraum 15—19 Mk.
 c) 23 Wohnungen mit 1 Wohnraum und 1 Kochraum 11—14 Mk.

Die Breite für die unter b und c aufgeführten Wohnungskategorien weisen kleine Unterschiede auf, die durch Stodverhältnisse, Vorkandensein eines Erkers usw. bedingt sind.

Zu jeder Wohnung gehört ein Abort und ein abschließbarer Keller- und Speicherraum, zu den meisten außerdem noch Verbalg und eine Kammer.

Der Flächinhalt der einzelnen Wohn- und Kochräume beträgt sich zwischen 15 und 23 qm, die Höhe der Stuben beträgt 2,57 m. Die Wände der Zimmer sind mit Steinziegel getüncht und gemauert. Die Kochräume sind mit verschiedenartig glasierten Ofen ausgestattet; die Kochräume sind mit Schiefern, mit Kugelschalen und Wasserzapfsteinen versehen; außerdem haben sämtliche Kochräume, welche nicht auf die Straße gehen, Balkone.

Im Dachgeschoß befindet sich über den Speicherteilungen noch ein zweites Dachboden ohne weitere Abtheilung, welcher als Wasserterrassenboden dient.

Das Kellergeschoß enthält im Mittelbau wie in den Seitenbauten je eine vom Hof aus zugängliche Waschküche.

Im Kellergeschoß des Mittelbaues befinden sich 2 Wohnräume mit je einer emaillierten Wanne; das Bodenmoos wird mittels eines im Verlaufe angebrachten Wasserleiters über Wasserleitern abgeführt. Die Wände haben sämtliche Zimmerungen gegen eine geringe Entschädigung für Holzmaterial und Reinigung zur Verfügung.

Die Treppenhäuser und das Bad sind mit elektrischen Glühlampen beleuchtet, welche von der Startrampe der Artillerie-Werkstätten gespeist werden.

Kgl. Kugelfabrikerei und Kugelfabrik J. Vogelstein.

1. Um nach Vereinfachung gründer, billiger und räumlich entsprechenden Wohnungen eine wertvolle Wohlfühlleistung zu schaffen, andererseits auch um dem Interesse des Militärs dadurch zu dienen, daß ein leistungsfähiger und zuverlässiger Arbeiterstand herangezogen werde, wurde 1898 der Bau von Arbeiter-Wohnhäusern begonnen.

Auf dem linken Donauufer, im Norden der Stadt, von dieser nur durch die Döckauerstraße (Wingert) getrennt und etwa 7 Minuten von der Fabrik entfernt, wurde in leiter und geänderter Lage ein Areal von (ca. 10000) 34 Oktan zum Preise von 29.140 Mk. angekauft. 1898/1900 entstand auf diesem eine Kolonie von 12500 qm, bestehend aus 12500 qm und 3 Nebengebäuden, die in neuem geistigen (vollständigen) Stil ausgeführt worden sind; sie enthalten zusammen ausserhalb helle und luftige Wohnräume für 18 Familien und 4 Junggeheile. Zwischen den Gebäuden liegen 4000 qm Garten, Höhe und Wege sowie 3 gemeinsame Waschküchen.

In der Kolonie sind folgende Häusergruppen veranlaßt:

a) Das Reibhaus. Es bietet Raum für 6 Familien. Jede Wohnung besteht aus nur 1 Zimmer nebst Küche im Erdgeschoß sowie 1 Manierkammer. Hierzu kommt noch: 1 Kellerraum und ein als Speicher benutzbarer abschließbarer Vorratsspeicher der Manierkammer. In jeder Wohnung führt ein eigener Sanitärzugang. Der jährliche Mietpreis für eine solche Wohnung beträgt 120 Mk.

b) Familienhaus (Deutsches Haus). Es enthält 4 Familienwohnungen und zwar im Erd- und Obergeschoß je 2 Wohnungen je 2 Zimmer und 1 Küche, dazu Keller und abschließbarer Speicherraum. Je 1 Wohnung des Erd- und Obergeschoßs besitzen einen gemeinsamen Sanitärzugang, jedoch eigene Wohnkammerkabinette. Die Bewohner des Erdgeschoßs zahlen jährlich 132 Mk., jene des Obergeschoßs 144 Mk. Miete.

c) Familienhaus (Englisches Haus). Es ist ebenfalls für 4 Familien eingerichtet; von ihnen verfügt jede über 1 Zimmer und eine Küche im Erd-, ferner über 2 Zimmer im Obergeschoß.

*) Einige der von der K. Artillerie täglich zur Verfügung gehaltenen Kellern, Waschküchen und Bädern, werden in nächster Kammer verabschiedet werden. (R. Sch.)

Kat.-Nr. 13a

Seite 92. Zeitschrift für Wohnungsfragen in Bayern. Nr. 8 u. 9.

Keller- und Speicherraum, zu den meisten außerdem noch Verbalg und eine Kammer.

Der Flächinhalt der einzelnen Wohn- und Kochräume beträgt sich zwischen 15 und 23 qm, die Höhe der Stuben beträgt 2,57 m. Die Wände der Zimmer sind mit Steinziegel getüncht und gemauert. Die Kochräume sind mit verschiedenartig glasierten Ofen ausgestattet; die Kochräume sind mit Schiefern, mit Kugelschalen und Wasserzapfsteinen versehen; außerdem haben sämtliche Kochräume, welche nicht auf die Straße gehen, Balkone.

Im Dachgeschoß befindet sich über den Speicherteilungen noch ein zweites Dachboden ohne weitere Abtheilung, welcher als Wasserterrassenboden dient.

Das Kellergeschoß enthält im Mittelbau wie in den Seitenbauten je eine vom Hof aus zugängliche Waschküche.

Im Kellergeschoß des Mittelbaues befinden sich 2 Wohnräume mit je einer emaillierten Wanne; das Bodenmoos wird mittels eines im Verlaufe angebrachten Wasserleiters über Wasserleitern abgeführt. Die Wände haben sämtliche Zimmerungen gegen eine geringe Entschädigung für Holzmaterial und Reinigung zur Verfügung.

Die Treppenhäuser und das Bad sind mit elektrischen Glühlampen beleuchtet, welche von der Startrampe der Artillerie-Werkstätten gespeist werden.

Kgl. Kugelfabrikerei und Kugelfabrik J. Vogelstein.

1. Um nach Vereinfachung gründer, billiger und räumlich entsprechenden Wohnungen eine wertvolle Wohlfühlleistung zu schaffen, andererseits auch um dem Interesse des Militärs dadurch zu dienen, daß ein leistungsfähiger und zuverlässiger Arbeiterstand herangezogen werde, wurde 1898 der Bau von Arbeiter-Wohnhäusern begonnen.

Auf dem linken Donauufer, im Norden der Stadt, von dieser nur durch die Döckauerstraße (Wingert) getrennt und etwa 7 Minuten von der Fabrik entfernt, wurde in leiter und geänderter Lage ein Areal von (ca. 10000) 34 Oktan zum Preise von 29.140 Mk. angekauft. 1898/1900 entstand auf diesem eine Kolonie von 12500 qm, bestehend aus 12500 qm und 3 Nebengebäuden, die in neuem geistigen (vollständigen) Stil ausgeführt worden sind; sie enthalten zusammen ausserhalb helle und luftige Wohnräume für 18 Familien und 4 Junggeheile. Zwischen den Gebäuden liegen 4000 qm Garten, Höhe und Wege sowie 3 gemeinsame Waschküchen.

In der Kolonie sind folgende Häusergruppen veranlaßt:

a) Das Reibhaus. Es bietet Raum für 6 Familien. Jede Wohnung besteht aus nur 1 Zimmer nebst Küche im Erdgeschoß sowie 1 Manierkammer. Hierzu kommt noch: 1 Kellerraum und ein als Speicher benutzbarer abschließbarer Vorratsspeicher der Manierkammer. In jeder Wohnung führt ein eigener Sanitärzugang. Der jährliche Mietpreis für eine solche Wohnung beträgt 120 Mk.

b) Familienhaus (Deutsches Haus). Es enthält 4 Familienwohnungen und zwar im Erd- und Obergeschoß je 2 Wohnungen je 2 Zimmer und 1 Küche, dazu Keller und abschließbarer Speicherraum. Je 1 Wohnung des Erd- und Obergeschoßs besitzen einen gemeinsamen Sanitärzugang, jedoch eigene Wohnkammerkabinette. Die Bewohner des Erdgeschoßs zahlen jährlich 132 Mk., jene des Obergeschoßs 144 Mk. Miete.

c) Familienhaus (Englisches Haus). Es ist ebenfalls für 4 Familien eingerichtet; von ihnen verfügt jede über 1 Zimmer und eine Küche im Erd-, ferner über 2 Zimmer im Obergeschoß.

*) Einige der von der K. Artillerie täglich zur Verfügung gehaltenen Kellern, Waschküchen und Bädern, werden in nächster Kammer verabschiedet werden. (R. Sch.)

Außerdem gehört zu jeder Wohnung ein besonderer Keller- und Speicherraum. Jede Wohnung hat getrennten Eingang vom Hof aus. Der jährliche Mietpreis beträgt für eine Wohnung auf der Nordseite 174 Mk., für eine solche auf der Südseite 186 Mk.

d) Das Familienhaus. Bei Errichtung der Kolonie zur Aufnahme von 18 ledigen Arbeitern bestimmt, wurde dieselbe wegen ungenügender Anzahl von ledigen Leuten im Jahre 1902 zum Teil in ein Familienwohnhaus umgebaut und zur 4 Familienwohnungen (Stuben) für Junggeheile abgeteilt. Die so gewonnenen 2 Familienwohnungen des Obergeschoßs umfassen je 3 Zimmer nebst Küche, die Wohnung im Dachgeschoß enthält 2 Zimmer mit Küche. Im Erdgeschoß befindet sich ein einzelnes 4 Zimmerwohnung, die an den Haupttreppen der Kolonie unmittelbar abgeben ist, dann anschließend hieran eine große Küche, Schenke und 2 Esszimmer für die Wirtschaftsgäste. Für jeden Wohnungsinhaber und Einzelmieter, sowie für den Hausmeister wie die Wirtschaft sind getrennte Speicherräume vorhanden. Die Jahresmiete für die 2 Familienwohnungen beträgt je nach Größe 144 bzw. 186 Mk., die Einzelzimmer zahlen an Miete für 1 kleines Kuchenschmuckzimmer mit Einrichtung, Wobenzug und Steinofen täglich 20 Pfg. Auf Wunsch wird den ledigen Weibern Frühstück, Mittag- und Abendessen um 80 Pfg. für den Tag gewährt. Die Einzelzimmer sind (wie auch die übrigen Wohnungen) fremdlich getüncht; die Ausstattung besteht in guten Bett, Kommode, Schrank, Holztisch, Bilderständer u.

Die vorgenannten Gebäude nebst Waschküchen liegen auf dem zur Kolonie gehörigen Grund und Boden mit größeren Flächen verteilt. Jedem Familieninhaber steht ein abschließbares Gärtchen mit Obstbäumen sowie postweise und Abends um 10 Uhr am 19. nicht in der Kolonie untergeordnete Arbeiterfamilien des Militärs zur Ausmiete zur Verfügung; für diese etwa 8 bis großen Grundstücke sind 20 Pfg. für das Bett und Tage Nacht zu leisten. Für die Dienstleistungen der Grundstücke sind Vornahmen vorhanden.

In jeder Familienwohnung und auf den Gängen vor den Einzelwohnungen sind Kapseln für stilles Trinkwasser eingerichtet; sämtliche Aborte und Waschküchen sind an das militärische Kanalisationsnetz angeschlossen. In allen Aborten befinden sich Wasserlösungsapparate neuer Konstruktion, im Familienhaus sind auch Spültoiletten eingerichtet.

Die Kolonie ist mit 3 großen hängenden Spiritusglühlicht-Strahlenternen und mit mehreren Petroleumlampen beleuchtet. Die Ventilation der Stuben und Kellerräume sowie der gemeinsamen Treppengänge, des Reibens der Kamine, die Instandhaltung der Straßen, Höhe und allgemeinen Anlagen, sowie das Entleeren der Straßen- und Abtrittskanonen erfolgt auf Kosten des Militärs.

Die Einwohner haben sich mit Bienen befaßt, freie Bäume mit Blumen, Sträuchern und Manierkammern usw. gärtnerisch angelegt. Die im Familienhaus eingerichtete, einfach, aber zweckentsprechend ausgestattete Wirtschaft wird nach einer besonderen Wirtschaftsweise durch einen von der Direktion angeordneten Wäckerler ausgeübt. Für die mit dem Hausmeisterdienst verbundenen Wäckerler erhält dieser Angestellte unmittelbar die Wohnung für die Wirtschaftsbüroausstattung einen besseren Anteil an den Erträgen des Wirtschaftsbetriebes. Die beiden Haushalte zusammen für reichlich 70 Hektar berechnet, sind getrennt und mit freundschaftlicher Einwirkung versehen.

Im Sommer steht ein großes, luftiges Gartenhaus allen Inwohnern der Kolonie zur Verfügung, desgleichen sind Turngeräte und ein Kinderpielplatz vorhanden.

Kat.-Nr. 13b

13 Zeitgenössische Rezeption

- „Arbeiterwohnhäuser auf Oberwiesenfeld“, Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, 1905/1906
- „Kgl. Geschützgießerei und Geschloßfabrik Ingolstadt“, Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, 1905/1906
- „Die Kleinhäuseranlage für das Korps-Bekleidungsamt in München“, Süddeutsche Bauhütte, 1910

Die Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern behandelte 1905 in der Rubrik „Wohnungsbeschaffung durch Arbeitgeber in Bayern“ in zwei Artikeln die „Arbeiterwohnhäuser auf Oberwiesenfeld“ und „Kgl. Geschützgießerei und Geschloßfabrik Ingolstadt“. Besonders positiv hervorgehoben wurde die elektrische Beleuchtung der Treppenhäuser und des Bades in München und die „mit Kuppeln gekrönten Erker“ und Balkone (siehe Exponat 5b) sowie in Ingolstadt der in „neuerem gefälligen (villenartigen) Stil“ ausgeführte Baukörper. Sämtliche Wohnungen seien stets besetzt gewesen und es bestehe rege Nachfrage beim Freiwerden einer Wohnung. Technisch orientierter, äußerte sich ebenso positiv 1910 die „Süddeutsche Bauhütte“ über die Kleinwohnungsanlage in der Barbarastraße: die „ideale Anlage“ sei in „größter Solidität“ ausgeführt und verfüge über ein „schmuckes Aeußeres“.

- Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, Nr. 8/9, Dezember 1905 und Januar 1906, III. Jahrgang, S. 91f., Papier, 30 x 21 cm, Bayerische Staatsbibliothek.
- Hermann Schmidt, Die Kleinhäuseranlage für das Korps-Bekleidungsamt in München. In: Süddeutsche Bauhütte 33, 11. Jahrgang, 18. August 1910, S. 257–261, Papier, 30 x 21 cm, Bayerische Staatsbibliothek.

SÜDDEUTSCHE BAUHÜTTE

ILLUSTR. ZEITSCHRIFT FÜR HOCH- u. TIEFBAU u. DAS GESAMTE
BAYERISCHES BAUGEWERBE SUBMISSIONSBLATT

11. JAHRGANG MÜNCHEN, 18. AUGUST 1910 NUMMER 33

Die Kleinhäuseranlage für das Korps-Bekleidungsamt in München
Entwurf Geh. Baurat Veeg; Ausführung Militärbaumeister, München III. unter Leitung von Baurat Befold

Is im Jahre 1908 im Bereich des Bekleidungsamtes des I. Armeekorps ein Neubau notwendig wurde zur Unterbringung von verheirateten Meistern und Unterbeamten, da hat sich die Militärverwaltung — einer Anregung des Geh. Baurats Veeg folgend — dazu entschlossen, statt eines kasernenartigen Hochbaus einmal eine Reform zu versuchen und Kleinhäuser mit Gärten, also eine ganz ideale Anlage, zu schaffen. Das war in diesem Fall insofern erleichtert, als der Grund und Boden (ein Teil des großen Oberwiesenfeldes) schon Staatseigentum war und damit kostenlos zur Verfügung stand. Borerst ist nur der eine Teil der Anlage, an der Barbarastraße (siehe Heftbericht S. 264), mit 12 Häuschen ausgebaut, und zwar in 3 verschiedenen Typen: für 2, 3 und 4 Familien. Jede Befestigung ist für sich völlig abgeschlossen und umfaßt im Erdgeschoß ein großes vieredriges Wohnzimmer von ca. 21 bis 23 qm, eine kleine Küche von ca. 10 qm und den Abort; im Dachgeschoß 1 und in der Mehrzahl 2 Schlafstuben von 13—16 qm, sowie reichliche Speicherräume; das Kellergeschoß enthält einen kleineren Vorratsraum und eine große helle Waschküche mit Badeeinrichtung. Zu jeder Wohnung gehört ein Gartenabteil von 90—140 qm, der zum größten Teil als Nutzgarten Verwendung findet. Die ganze Anlage ist mit einem Vortzenraum mit massiven Betonpfeilern und Sockeln eingefriedigt und umschließt noch einen dreieckigen Wiesenfeld, der als gemeinsamer Spiel- und Turnplatz dient. Im ganzen sind es bis jetzt 36 Wohnungen, die als Dienstwohnungen abgegeben werden. Den glücklichen Inhabern werden dafür monatlich nur 25 bis

30 Mk. abgezogen, was bei den in Frage kommenden Gehältern von ungefähr 120—180 Mk. — es handelt sich meist um Kapitulantent — gewiß ein günstiges Verhältnis bedeutet, besonders wenn man berücksichtigt, daß der Garten immerhin ein kleines Erträgnis in die Küche zu liefern vermag. Die Bewohner haben denn auch ihre Freude an dem neuen Heim und besonders an dem kleinen Garten, in dem sie fleißig pflanzen und arbeiten und abends ihre Freierstunden zubringen.

In der ganzen Ausführung nimmt diese Kleinhäuseranlage eine gewisse Sonderstellung ein: für Militärbauten ist die Garnisonsgeländeordnung bestimmend und das erklärt z. B. die sonst für Kleinwohnungen ungewöhnliche Höhe der Zimmer, die im Erdgeschoß 3 m und im Dachgeschoß noch 2,8 m beträgt, ferner verschiedene, scheinbar zu kostspielige, Ausführungen im Bodenbelag, in den Haustüren, Treppen usw. Dann wurde aber auch überhaupt, der militärischen Sparfamkeit gemäß, nicht so sehr auf die größte Willkür als vielmehr auf die größte Solidität Bedacht genommen und außerdem stets die Rücksicht auf Wohnlichkeit und auf ein schmuckes Äußeres der Häuschen als maßgebend angesehen. Daher finden wir manche Anordnungen, welche man sonst aus Sparfamkeit oder Raumangel vielleicht vermeiden würde, welche aber alle Beachtung verdienen, wie z. B. die eigenen, an sich recht bequemen Gartenausgänge bei den mittleren Wohnungen, die kleinen Freitreppen, die in Verbindung mit den Loggien vor den Türen ein so hübsches Plätzchen für eine Bank bieten, die jeder Wohnung eigenen Waschküchen usw.

Grundsätzlich ist auch die vollständige Abgeschlossenheit der einzelnen Wohnungen, und zwar im Keller- und Erdgeschoß vertikal durch eine 25 cm starke Mauer, durchgeführt. Dadurch sind ebenfalls Mehrzweckverwendungen bedingt, für Treppen, für Eingänge, besonders auch für Waschküchen- und Badeeinrichtungen aber andererseits ist dann auch jede Familie für sich, aller Grund zu Streitigkeiten zwischen den Nachbarn ist beseitigt.



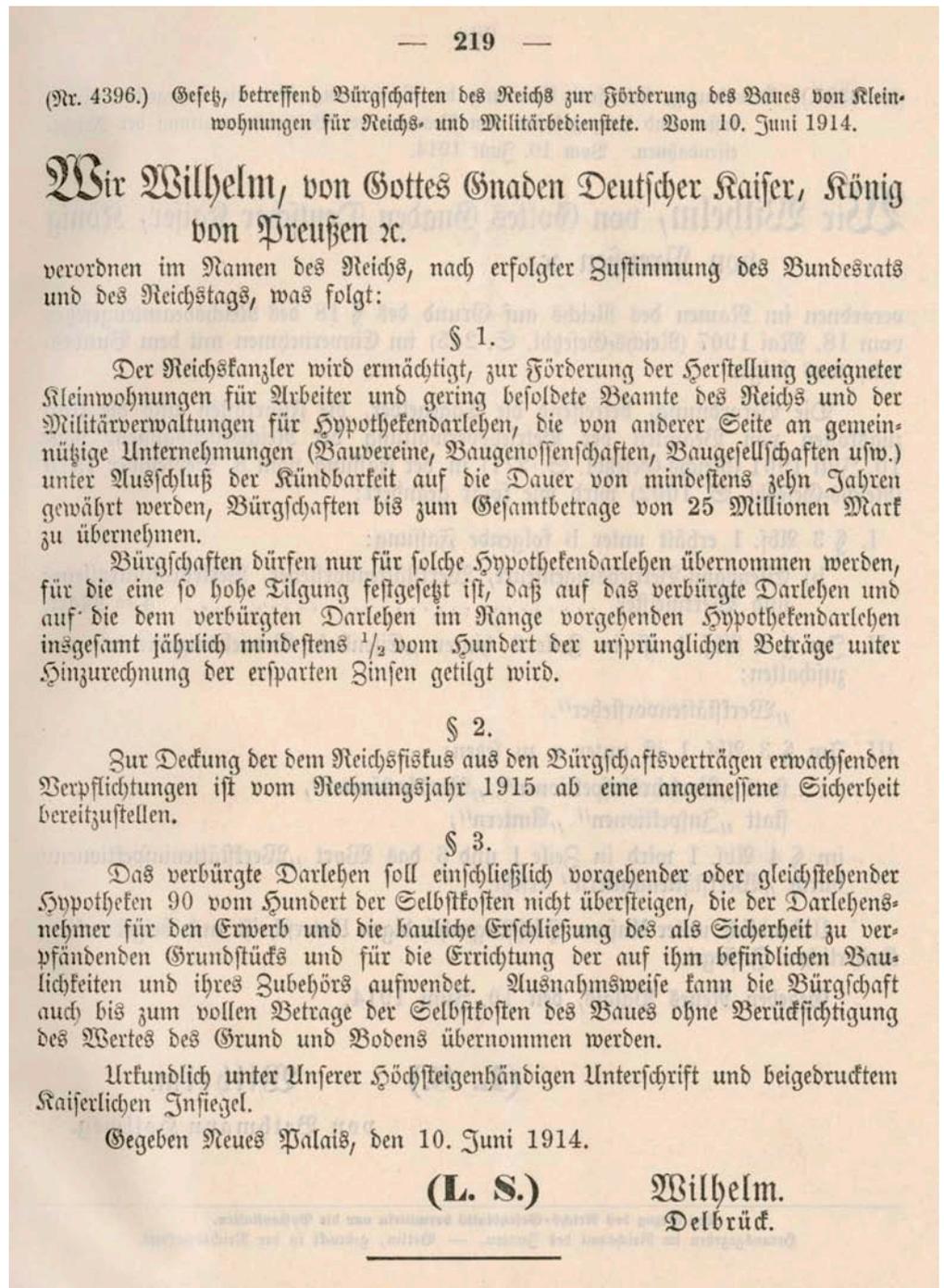
K. Militärbauamt München III.
Kleinhäuseranlage des Korps-Bekleidungsamtes
Gesamtansicht

14 „Wohnungsfrage – Lebensfrage?“ – Das Ringen um ein Reichswohnungsgesetz

- a) Gesetz, betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, 10. Juni 1914
- b) „Das Reichswohnungsgesetz ist tot“, Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, 1914

Obwohl Bismarck die politische Sprengkraft der im Zug der Industrialisierung entstandenen extremen sozialen Gegensätze erkannt hatte, sparte die in den 1890er Jahren eingeführte Sozialgesetzgebung die „Wohnungsfrage“ als Teil der „Sozialen Frage“ aus. Bestrebungen, der Wohnungsnot Herr zu werden, fanden vorerst Niederschlag in lokalen Verordnungen, wie 1901 in Bayern. Die „Allerhöchste Verordnung, die Wohnungsaufsicht betreffend“ verpflichtete die größeren Städte Bayerns zur Aufstellung einer Wohnungskommission und Durchführung einer Wohnungserhebung, was vorerst aus finanziellen Gründen unterblieb. Reichsweit konnte man sich erst Jahrzehnte später, im Jahr 1914, ausschließlich auf ein Bürgschaftsgesetz verständigen. Der Gedanke eines Reichswohnungsgesetzes und eine damit einheitliche Regelung der Wohnungsfrage vor dem Krieg scheiterten.

- a) Reichsgesetzblatt 1914, Nr. 4396, www.rechtssetzung.de.
- b) Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern, XII. Jahrgang, 1914, S. 136, Papier 30 x 21 cm, Bayerische Staatsbibliothek.



klärungen verlangt und stimmt dagegen, während er sonst vielleicht auch als „Höchstbesteuerter“ zugestimmt hätte. Die Entscheidung der erörterten Rechts-

fragen im einen oder anderen Sinne ist mithin von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den praktischen Erfolg des Landeskultur-Rentengesetzes.

Das Reichwohnungsgesetz ist tot.

Von Reichstagsabgeordneten Hofrat Dr. Eugen Jaeger.

I.

Die weit verbreitete, Jahrzehnte hindurch gehegte Hoffnung, das Reich werde eine grosszügige Wohnungsreform in Angriff nehmen, ist in der letzten Tagung des Reichstages endgültig gescheitert. Ehe wir den Hergang erzählen, mögen einige allgemeine Bemerkungen gestattet sein.

Wer die Bestrebungen auf Verbesserung der Wohnungsverhältnisse längere Zeit zurückverfolgt oder selbst darin steht, wird erkannt haben, dass hier Widerstände vorliegen, die nicht alle öffentlich in Erscheinung treten, aber um so hartnäckiger und wirksamer sind. Aehnliche Widerstände machten sich auch bemerkbar, als die Bestrebungen auf Verbesserung der industriellen Arbeiterverhältnisse einsetzten, Sonntagsruhe, Arbeiterschutz und das grosse Werk der Arbeiterversicherung. Jene Fabrikantenkreise, die alle Fragen nur vom Standpunkte ihrer privatkapitalistischen Interessen betrachteten, widerstrebten damals stark diesem grossen Reformwerke und klagten, dass der Gewinn der Industrie verkürzt werde, wenn sie Sonntags die Fabriken und Werkstätten stilllegen, wenn sie die Frauen- und Kinderarbeit beschränken und in weitem Umfange zu der teureren Männerarbeit übergehen müssten. Besonders werde dadurch der Wettbewerb mit dem Auslande erschwert. Alle diese Einwendungen und Hindernisse sind überwunden. Es handelte sich dabei zwar um einen grossen, aber doch bestimmt abgegrenzten Teil der sozialen Frage und des Wirtschaftslebens. Ferner haben die Arbeiter selbst dazu mitgewirkt, indem sie ihren Einfluss auf die Wahlen zum Reichstage, der über die Gewerbeordnung zu entscheiden hat, nachdrücklich zur Geltung brachten. Die Wohnungsfrage dagegen greift viel weiter in den ganzen wirtschaftlichen und sozialen Organismus hinein, wie die reine Arbeiterfrage. Die Versuche, sie zu lösen, berühren die verschiedensten Interessen, besonders des Haus- und Grundbesitzes und der kapitalistischen Spekulation, wecken Widerstände, während die Arbeiterschaft selbst, um die es sich doch zumeist handelt, im grossen und ganzen ihre Mitwirkung bisher versagt hat. Auch die Industrie hat lange nicht genügend erkannt, dass ihr dauerndes Gedeihen mit einem gesunden Wohnen ihrer Arbeiterschaft enge verbunden ist. So ist es gekommen, dass in den abgelaufenen drei Jahrzehnten sozialer Arbeit gerade der wichtigste Teil der sozialen Frage vernachlässigt wurde und heute noch in seinen Hauptteilen der Anarchie überantwortet bleibt. Alle anderen sozialen Fragen, die des Arbeiterschutzes, die der Versicherungsgesetzgebung usw. behandeln einzelne Teile, bleiben

aber Stückwerk ohne ein gesundes Fundament, das nur in einem gesunden Wohnwesen möglich ist. Statt dieses Grundproblem der sozialen Frage richtig zu lösen, wurde unsere Arbeiterschaft im Gegenteil immer mehr vom vaterländischen Boden abgetrennt, in Mietkasernen hineingequetscht, und doch verlangt man, dass diese Arbeiterschaft national sei und ein Interesse habe am Vaterlande!

Lange hofften viele, die Schwierigkeiten der Wohnungsreform auf dem Wege über das Reich beseitigen zu können und die letzte Reichstagswahl schien endlich einen solchen Um- und Aufschwung zu bringen. Fast sämtliche Parteien im Reichstage stellten Anträge zur Wohnungsfrage, eine besondere Wohnungskommission wurde eingesetzt und diese schuf in kurzer Zeit ein ganzes Reformprogramm. Sie teilte die Lösung der Aufgabe zwischen Reich und Einzelstaaten und stellte eine Reihe von gesetzgeberischen Leitsätzen dazu auf. Dem Reich wurden zugewiesen: die Vorschriften über die gesundheitlichen Ansprüche an das Wohnungswesen, die Sorge für amtliche Aufsicht zur Durchführung dieser Bestimmungen, die Sorge für den Wohnungsnachweis, die Sorge für Beschaffung des Baukredits und die Weiterbildung des Erbbaurechts, alles mit Bezug auf das Kleinwohnungswesen. Die angenommenen Anträge lauteten:

I. Der Reichstag wolle beschliessen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Tagung

Gesetzesentwürfe betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, die folgende Grundzüge enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.

2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bzw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen.

3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluss an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefdarlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften, als auch an Privatpersonen zu gewähren.

4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens.

5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse des Kleinwohnungsbaues.

II. Der Reichstag wolle beschliessen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

Den Einzelstaaten war vorbehalten: Die Sorge für Bodenaufteilung, Bebauungspläne, Bauord-